

Betreuungszahlen 2005

Statistische und grafische Auswertungen der Sondererhebungen „Verfahren nach dem Betreuungsgesetz“ seitens des Bundesministeriums der Justiz (sowie ergänzender Erhebungen) – **mit Änderungen; Stand 30.1.2007**

Auswertung und Grafik: Horst Deinert

Inhaltsübersicht:

a) Anzahl der Betreuungen im Bundesgebiet.....	1
b) Zur regionalen Verteilung in den einzelnen Bundesländern.....	2
c) Neu angeordnete Betreuungen.....	2
d) Anteil Behördenbetreuer- und Betreuungsbehördenbestellungen.....	3
e) Betreuerwechsel (§§ 1908b, c BGB).....	16
f) Erweiterung von Aufgabenkreisen (§ 1908d Abs. 3 BGB).....	17
g) Einschränkung von Aufgabenkreisen (§ 1908d Abs. 1 S. 2 BGB).....	18
h) Aufhebung von Betreuungen (§ 1908 d Abs. 1 Satz 1 BGB).....	19
i) Einwilligungsvorbehalte (§ 1903 BGB).....	20
j) Bestellung von Verfahrenspflegern (§§ 67, 70b FGG).....	23
k) Genehmigung gefährlicher Heilbehandlungen (§ 1904 Abs. 1 BGB).....	24
Genehmigungswahrscheinlichkeit von Anträgen nach § 1904 BGB 2005.....	26
l) Genehmigung von Sterilisationseinwilligungen (§ 1905 BGB).....	27
Gesamtzahl der genehmigten Sterilisationen 2003 – 2005 im regionalen Vergleich.....	28
Quelle: Bundesministerium der Justiz; Sondererhebung: Verfahren nach dem Betreuungsgesetz;.....	28
Genehmigungsquote von Sterilisationsanträgen 2005.....	28
m) Unterbringungsverfahren (§§ 1906 Abs. 1/4 BGB; PsychKGe).....	29
3. Regionale Häufigkeit von Unterbringungsmaßnahmen 2005.....	30
Genehmigungswahrscheinlichkeit unterbringungsähnlicher Maßnahmen (§ 1906 Abs. 4 BGB) – 2005.....	33
n) Betreuungsvereine und Landesförderung.....	34

a) Anzahl der Betreuungen im Bundesgebiet

Zur zahlenmäßigen Entwicklung bietet die erste Grafik eine Übersicht mit den absoluten Zahlen zum 31.12. d.J, wobei neben den aus den Geschäftsberichten der Amtsgerichte (GÜ 2) ermittelten Zahlen auch die Betreuungsverfahren aus den württembergischen Notariaten hinzu addiert wurden. Bei den Betreuungsverfahren ist anzumerken, dass in der Gesamtzahl auch die (insgesamt zu vernachlässigende Zahl) von Verfahren enthalten sind, in denen noch keine Betreuerbestellung ausgesprochen wurde, aber auch keine andere Verfahrenseinstellung stattgefunden hat.

Die Auswertung ergibt eine kontinuierliche Zunahme der Betreuungszahlen, Hauptgründe hierfür dürften sein:

- demographische Faktoren, wie eine statistische Zunahme von Einzelpersonenhaushalten und eine Verlagerung der Alterspyramide, hin zu einem größeren Anteil älterer Menschen, die einem größeren Risiko von psychischen Erkrankungen, wie Demenz oder der Alzheimerschen Erkrankung ausgesetzt sind;
- der „Nachholbedarf“, der neuen Bundesländer, da in der ehemaligen DDR nahezu keine Vormundschaften und Gebrechlichkeitspflegschaften angeordnet waren;
- Die Herabsetzung einer „Hemmschwelle“ durch den Wegfall des Entmündigungsverfahrens, zumal die Betreuung anders als die Entmündigung weitestgehend als Fürsorge-, nicht als Repressionsmaßnahmen verstanden werden soll
- Die zunehmende „Verrechtlichung“ der Gesellschaft durch zusätzliche Gesetze, insbes. die Pflegeversicherung, für deren Inanspruchnahme gesetzliche Vertreter benötigt werden;
- Eine erhöhte Aufmerksamkeit in der Gesellschaft für die Wahrnehmung von bürgerlichen Freiheitsrechten, die durch Freiheitsbeschränkungen z.B. in Einrichtungen von jeher missachtet wurden, nun aber ein Legitimationszwang durch einen gesetzlichen Vertreter als notwendig angesehen werden.

b) Zur regionalen Verteilung in den einzelnen Bundesländern

Die Anzahl der Betreuungen schwankt zwischen den Bundesländern stark. Tabelle 2 dokumentiert die absoluten Zahlen der bestehenden gesetzlichen Betreuungen Ende 1995, 2000 und 2005. Es gelten die gleichen Einschränkungen wie unter a).

Tabelle 3 vergleicht den Betreuungsbestand am Jahresende 2001, 2003 und 2005 nach Ländern, jeweils in Relation gesetzt zur Einwohnerzahl. In der Tabelle 4 ist der gleiche Tatbestand zusätzlich mit absoluten Zahlen und prozentualen Abweichungen zum Vorjahr aufgelistet, außerdem ist das Jahr 2000 mit eingezogen. Es fällt auf, dass in Baden-Württemberg, gefolgt von Bremen und Hamburg die Betreuungszahlen am niedrigsten liegen, im Saarland, gefolgt von Berlin und mehreren neuen Bundesländern am höchsten.

c) Neu angeordnete Betreuungen

Tabelle 5 vergleicht die in den Jahren 1995, 2000 und 2005 die neuen Betreuerbestellungen in den einzelnen Bundesländern, wiederum in Relation zur Einwohnerzahl.

Hiernach zeigt sich, dass in den Vergleichsjahren sich die neuen Betreuungsanordnungen auch bezogen auf je 1000 Einwohner deutlich erhöht haben. Obwohl diese Tendenz praktisch in allen Bundesländern besteht, sind die Betreuungsanordnungen im Landesvergleich weiterhin sehr unterschiedlich. Besonders Hamburg und Baden-Württemberg fallen durch niedrige Betreuungsanordnungen auf.

Bei den neu bestellten Betreuern wurde die Justizstatistik ab 1999 erweitert: erstmals sind bei den Privatpersonen als neuen Betreuern Differenzierungen vorgenommen worden; es wird nun nämlich unterschieden in familienangehörige Betreuer, sonstige ehrenamtliche Betreuer und Berufsbetreuer, womit hier die Berufsbetreuer im engeren Sinne (freiberuflich) gemeint sind, denn Vereins- und Behördenbetreuungen wurden schon vorher getrennt gezählt. Die Prozentanteile für das Jahr 2005 sind in der Tabelle 6 dargestellt. Bei den Vereinen und Behörden wurden in den Tabellen 6 - 9 die Bestellungen nach § 1897 II und § 1900 BGB zusammengerechnet.

Tabelle 7 bewertet den Anteil der beruflichen Betreuerbestellungen seit 1992 (ab 1999 wurden auch die Freiberufler einbezogen; bis 1998 wurden die freiberuflichen Betreuer nicht separat gezählt). Deutlich erkennbar wird der Rückzug der Behördenbetreuungen; während bei den Betreuungsvereinen bis 1995 ein Anstieg zu verzeichnen ist, geht der Anteil der Vereinsbetreuerbestellungen seit 1996 kontinuierlich zurück.

Dies dürfte anfangs auf vermehrte Vereinstätigkeiten als auch örtliche Bezuschussung von Betreuungsvereinen durch Betreuungsbehörden zurückzuführen gewesen sein (vgl. auch die Kommentierung zu § 6 Betreuungsbehördengesetz). Dies ist bis jetzt bei den Vereinen nicht so stark ins Gewicht gefallen, weil die absoluten Zahlen weiter anstiegen. Insgesamt sinkt jedoch die Bedeutung der Vereinsbetreuungen.

Die Zahlen der freiberuflich geführten Betreuungen steigen demgegenüber seit ihrer statistischen Erfassung langsam, aber kontinuierlich an. Dies verdeutlicht auch die Tabelle 8, die alle Betreuungsarten für die Jahre 1999, 2001, 2003 und 2005 vergleicht. Im bundesweiten Vergleich wurden in den letzten Jahren bei den neuen Betreuungen bis zu 25 % selbstständige Berufsbetreuer bestellt, dies waren Anfangs mehr als doppelt so viel, wie die Vereins- und Behördenbetreuer zusammengerechnet (inzwischen das 4-fache dessen) oder die familienfremden ehrenamtlichen Betreuer.

Der Anteil von Vereinsbetreuungen nach § 1900 I BGB verharrt auf einem sehr niedrigen Niveau und machte zuletzt weniger als 5 % der Bestellungen von Vereinsmitarbeitern gem. § 1897 II BGB aus (Tabelle 10). Dies ist nicht verwunderlich, ist doch bei einer Vereinsbetreuung nach § 1900 I BGB eine Refinanzierung der Vereinstätigkeit durch Betreuervergütungen gänzlich ausgeschlossen (§ 1836 IV i.V.m. § 1908 I BGB), was im übrigen unverständlich ist, sollen doch nach dem Text des § 1900 I nur besonders schwierige Betreuungen auf einen Verein als jur. Person übertragen werden.

Daher ist die Übernahme von Vereinsbetreuungen nach § 1900 I BGB für einen Betreuungsverein ruinös, sofern keine kostendeckende Finanzierung durch Kommunalzuschüsse gegeben ist. Daher ist zu vermuten, dass die in der Statistik genannten Vereinsbetreuungen nach § 1900 I BGB entweder auf fehlerhaft ausgefüllte Statistiken oder zum anderen auf der Unkenntnis von Vormundschaftsrichtern oder vereinzelt Betreuungsvereinsmitarbeitern bez. des Vergütungsausschlusses zurückgeführt werden kann.

Die Tabelle 9 splittet für das Jahr 2005 die Erstbestellungen von Betreuern nach Ländern auf, jeweils bezogen auf die gesamten neuen Betreuerbestellungen im jeweiligen Bundesland. Die höchsten Berufsbetreuerquoten haben

danach Berlin, gefolgt von Bremen, die niedrigsten das Saarland. Tabelle 10 enthält die gleichen Angaben, noch etwas weiter spezifiziert.

Sehr unterschiedlich war hiernach der Anteil der neuen Vereins- und Behördenbetreuungen (sowohl nach § 1897 II als auch nach § 1900 BGB, welche hier jeweils zusammengerechnet wurden). Es ist festzustellen, dass vor allem in den neuen Bundesländern eine weit überdurchschnittliche Bestellungen von Vereinsbetreuern erfolgte, während in Hessen, im Saarland und in Schleswig-Holstein unterdurchschnittlich Vereinsbetreuer bestellt wurden. Demgegenüber liegt die Bestellung von Behördenmitarbeitern (nach § 1897 II und 1900 IV BGB) vor allem in Bremen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt weit über dem Bundesdurchschnitt. Den hohen Bestellungen von in Vereinen und Behörden beruflich tätigen Betreuern in einzelnen Bundesländern stehen in anderen Bundesländern, z.B. Berlin (aber auch Bremen) höhere Zahlen von Bestellung selbständiger Berufsbetreuer gegenüber.

Sollten diese Zahlen Anlass zur Sorge sein? U. E. nein, denn sie beweisen, dass trotz erheblich gesteigener Betreuungszahlen weiterhin rund 70 % unentgeltliche Betreuungen angeordnet werden; sie beweisen des weiteren, dass die Werbetätigkeit der Betreuungsvereine, auf die die familienfremden ehrenamtlichen Betreuerbestellungen wohl fast ausschließlich zurückgehen dürften, durchaus erfolgreich ist. Bei den 30 % beruflicher Betreuungen wird man in der Regel annehmen dürfen, dass die in der Person des Betreuten liegenden Schwierigkeiten zu groß sind, als dass sie (jedenfalls zu Betreuungsbeginn) von ehrenamtlichen Betreuern zu bewältigen wären.

d) Anteil Behördenbetreuer- und Betreuungsbehördenbestellungen

Mitarbeiter/innen von Betreuungsbehörden können ähnlich den Vereinsmitarbeiter/innen sowohl als natürliche Person als Betreuer bestellt werden (§ 1897 II BGB), aber es ist, jedoch nachrangig, auch eine Bestellung der Betreuungsbehörde selbst als Gliederung der juristischen Person Stadt oder Landkreis möglich (§ 1900 IV BGB). Die Bestellung der Betreuungsbehörde soll ultimo ratio, also die letzte Möglichkeit sein, wenn sich keinerlei andere Betreuer findet oder die Betreuung so schwierig ist, dass sie von keinem anderen Betreuer geführt werden kann.

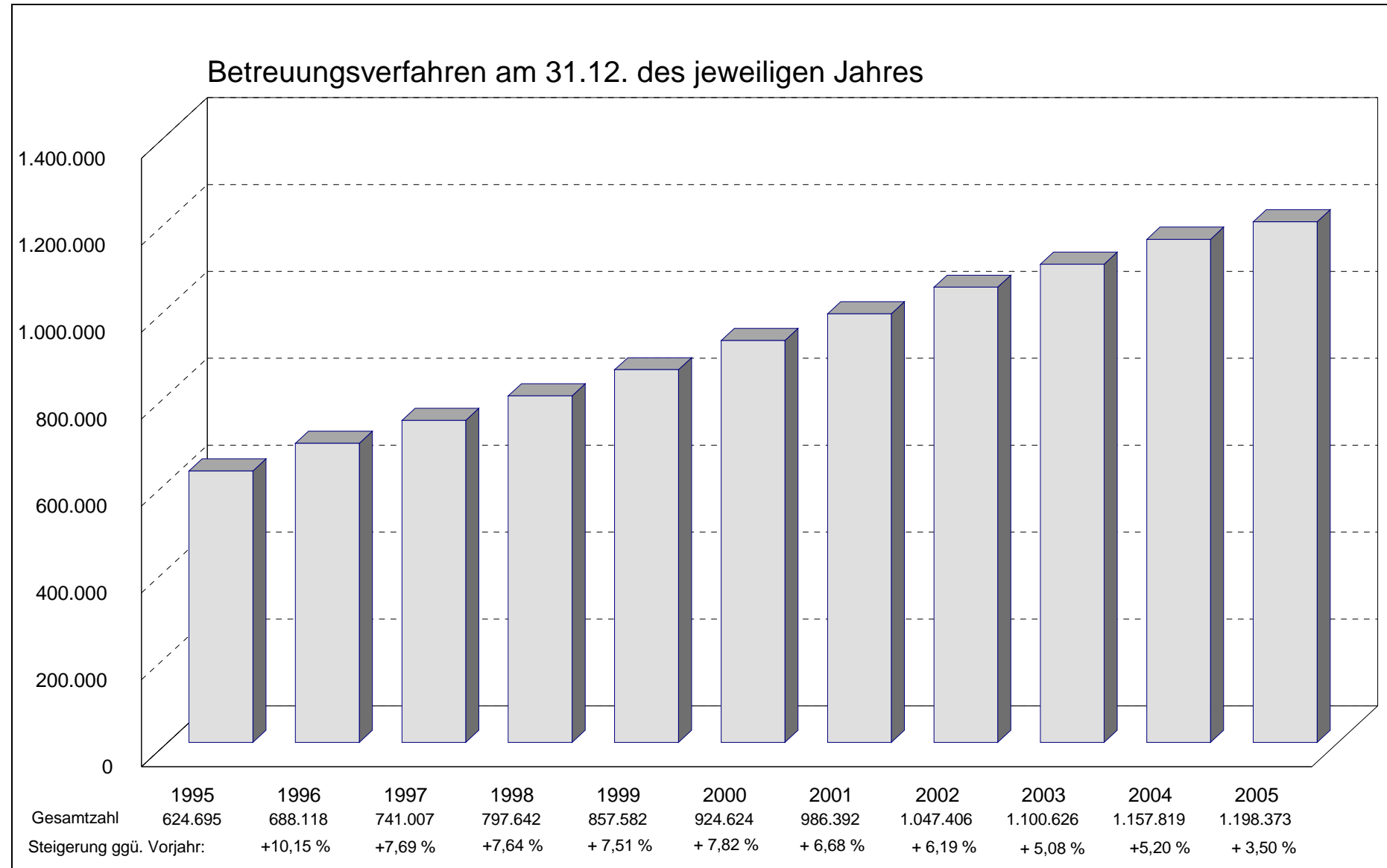
Obwohl diese Konstruktion ähnlich wie die bei der Bestellung von Vereinsbetreuern bzw. Betreuungsvereinen ist, sind die Auswirkungen auf die Bestellungspraxis sehr abweichend. Wie anhand der Tabelle 10 bereits dargestellt wurde, sind Bestellungen von Betreuungsvereinen nach § 1900 I BGB die Ausnahme; machen auch weniger als 5 % der Bestellungen von Vereinsbetreuern aus; demgegenüber hält sich in den letzten Jahren die Bestellung der Betreuungsbehörde im Vergleich zur Bestellung einzelner Behördenbetreuer die Waage; in den ersten Jahren nach Einführung des Betreuungsrechtes wurde sogar erheblich öfter die Betreuungsbehörde bestellt als einzelne Behördenbetreuer.

Zurückzuführen dürfte diese Tatsache anfangs vor allem auf unklare Haftungsfolgen bei Behördenbetreuungen gewesen sein (vgl. die Kommentierung zu § 1833 BGB); auch dürfte eine Rolle gespielt haben, dass anfangs im Behördenbereich die Bestellung einzelner Mitarbeiter als ungewöhnliches Prozedere verstanden wurde; hier ist zu erwähnen, dass im Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht eine Bestellung einzelner Behördenmitarbeiter anstelle der Bestellung des Jugendamtes seit 1970 fast nicht mehr stattfand. Seit dem 1.7.1970 war auch im Erwachsenenbereich die Bestellung des Jugendamtes als Amtsvormund/-pfleger möglich geworden (§ 54a JWG).

Ungewöhnlich bleibt allerdings, dass auch weiterhin der Anteil der Bestellung von Behördenmitarbeitern und der Betreuungsbehörde im regionalen Vergleich erhebliche Unterschiede zeigt, was aus der Tabelle 11 deutlich wird.

Während in Hamburg (in Vorjahren, letzte Zählung erfolgte dort 1999), dem Saarland und Sachsen-Anhalt fast ausschließlich Behördenbetreuer gem. § 1897 II BGB bestellt wurden, wurde demgegenüber in Berlin, Brandenburg, Bremen und Sachsen überwiegend die Betreuungsbehörde gem. § 1900 IV BGB bestellt. Während bei der Bestellung eines Behördenbetreuers bei vermögenden Betreuten Aufwendungsersatz und eine Betreuervergütung aus dem Vermögen gezahlt werden kann (§ 1908 h BGB), ist dies bei der Bestellung der Betreuungsbehörde gänzlich ausgeschlossen (§ 1836 IV i.V.m. § 1908 i I BGB).

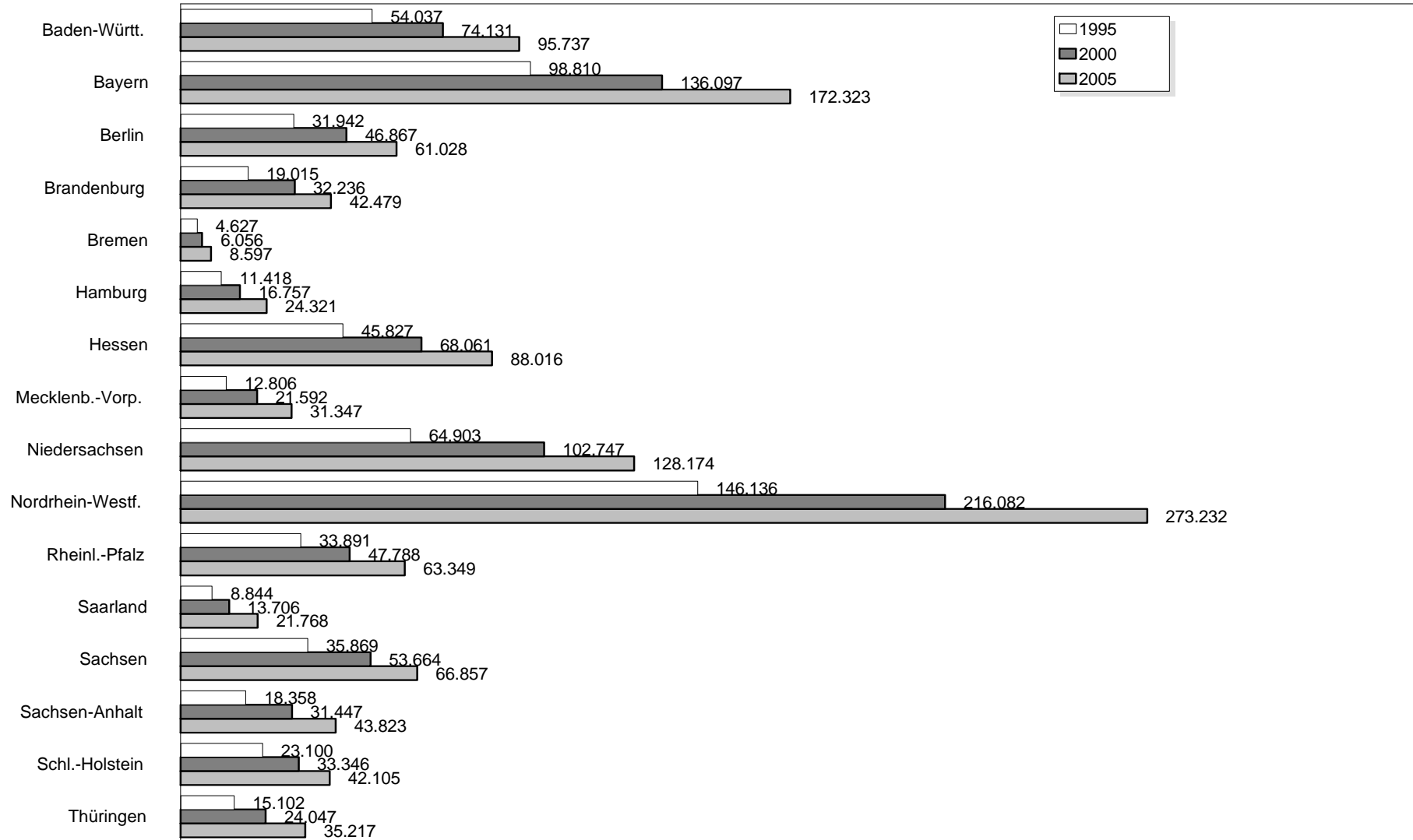
Tabelle 1



Quelle: Bundesministerium der Justiz: Justizstatistik GÜ 2 der Amtsgerichte 1995–2005, erg. Mitteilung der württ. Notariate; Auswertung: Deinert

Tabelle 2

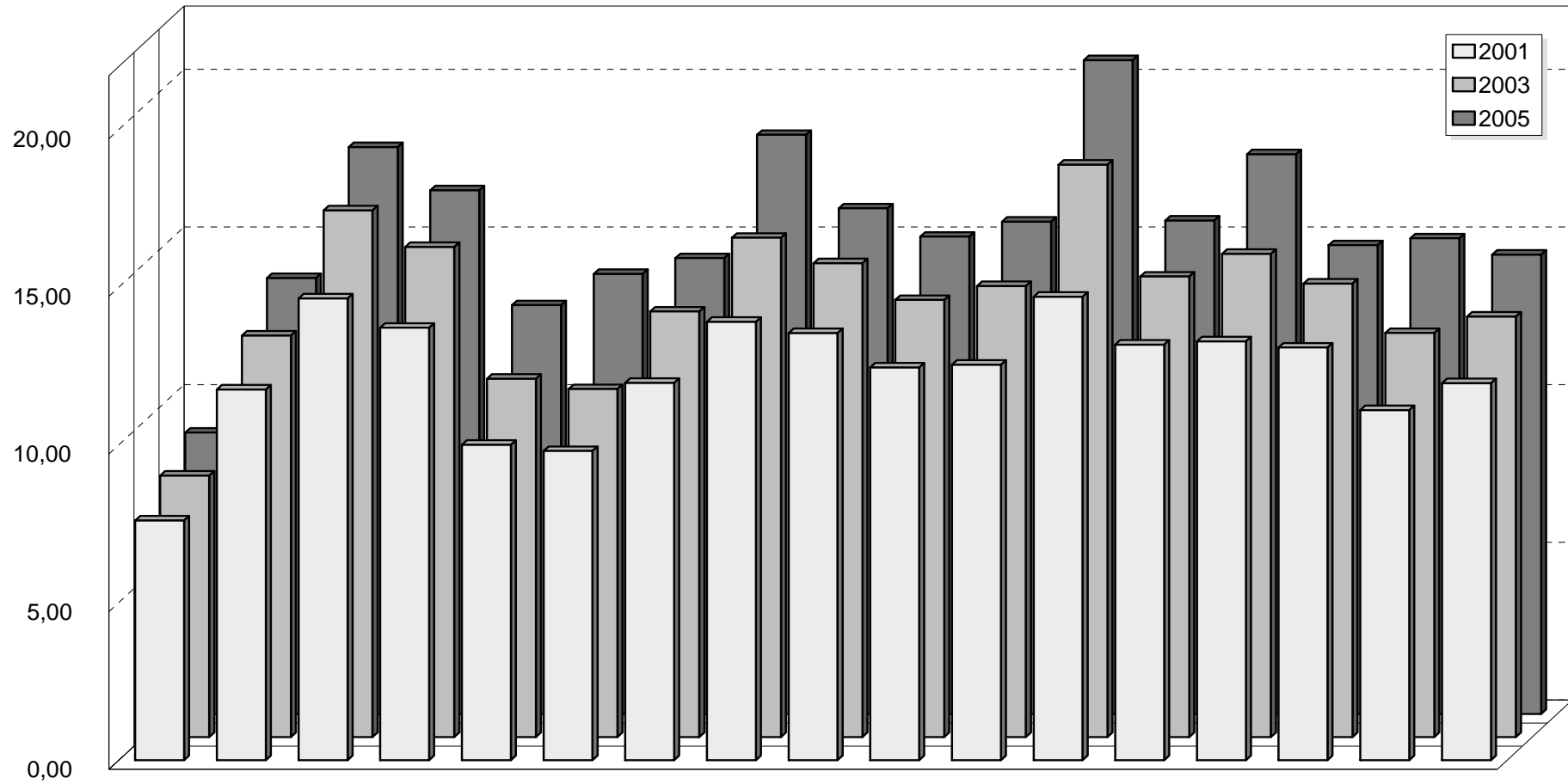
Gesamtzahlen Betreuungsverfahren am Jahresende



Quelle: Bundesministerium der Justiz: Justizstatistik (GÜ 2 der Amtsgerichte 1995, 2000, 2005), erg. Infos der württ. Notariate; Bt-Drs. 13/7133

Tabelle 3

Betreuungsverfahren je 1000 Einwohner am Jahresende



	Bad.-W.	Bayern	Berlin	Brand.	Bremen	Hambg.	Hess.	M.-V.	Nieders.	NRW	RLP	Saarl.	Sachs.	S.-Anh.	Schl.-H.	Thür.	BRD
2001	7,60	11,75	14,64	13,71	10,00	9,80	11,96	13,90	13,54	12,45	12,54	14,69	13,17	13,28	13,08	11,10	11,95
2003	8,29	12,73	16,70	15,54	11,36	11,03	13,49	15,83	15,02	13,86	14,30	18,15	14,60	15,32	14,38	12,81	13,33
2005	8,92	13,82	17,97	16,60	12,96	13,95	14,45	18,36	16,03	15,13	15,61	20,73	15,64	17,74	14,86	15,08	14,56

Quellen: Bundesministerium der Justiz: Justizstatistik (GÜ 2 der Amtsgerichte 2001, 2003, 2005); ergänzende Infos der württ, Notariate; Statistisches Bundesamt

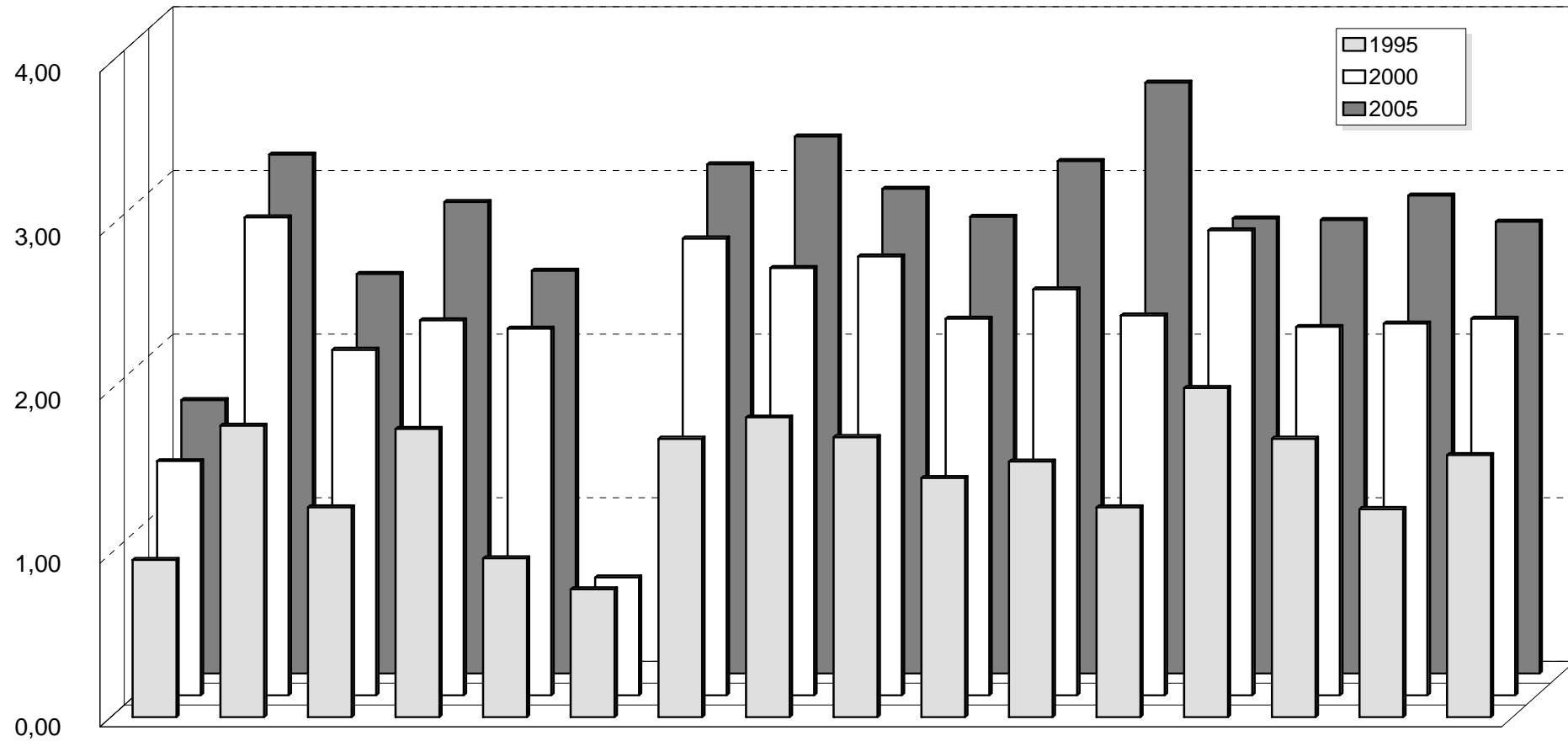
Tabelle 4

Bundesland	Einwohnerzahl 31.12.2005	Betreuungen 31.12.2001	Betreute je 1000 Einw. 31.12.2001	Betreuungen 31.12.2002	Betreute je 1000 Einw. 31.12.2002	Betreuungen 31.12.2003	Betreute je 1000 Einw. 31.12.2003	Betreuungen 31.12.2004	Betreute je 1000 Einw. 31.12.2004	Betreuungen 31.12.2005	Betreute je 1000 Einw. 31.12.2005
Baden - Württ.	10.735.701,00	81.029	7,56	84.308	7,87	88.345	8,24	89.671	8,37	95.737	8,92
Bayern	12.468.726,00	145.578	11,70	152.724	12,27	157.688	12,67	165.422	13,29	172.323	13,82
Berlin	3.395.189,00	49.679	14,66	53.440	15,77	56.638	16,72	58.621	17,30	61.028	17,97
Brandenburg	2.559.483,00	35.399	13,79	37.601	14,64	40.130	15,63	41.409	16,13	42.479	16,60
Bremen	663.467,00	6.623	9,99	6.980	10,52	7.520	11,34	8.185	12,34	8.597	12,96
Hamburg	1.743.627,00	16.938	9,76	18.059	10,41	19.065	10,99	22.281	12,84	24.321	13,95
Hessen	6.092.354,00	72.871	11,95	79.225	12,99	82.189	13,48	85.119	13,96	88.016	14,45
Mecklenburg-V.	1.707.266,00	24.253	14,10	25.934	15,08	27.619	16,06	29.466	17,13	31.347	18,36
Niedersachsen	7.993.946,00	108.036	13,50	113.903	14,24	119.872	14,98	128.926	16,11	128.174	16,03
Nordrhein-Westf.	18.058.105,00	224.966	12,45	237.768	13,15	250.516	13,86	264.911	14,66	273.232	15,13
Rheinland - Pfalz	4.058.843,00	50.867	12,53	54.797	13,49	58.012	14,28	60.798	14,97	63.349	15,61
Saarland	1.050.293,00	15.644	14,81	17.429	16,50	19.331	18,30	20.602	19,50	21.768	20,73
Sachsen	4.273.754,00	57.271	13,33	60.586	14,10	63.509	14,78	65.325	15,21	66.857	15,64
Sachsen-Anh.	2.469.716,00	33.847	13,57	36.613	14,68	39.056	15,66	40.910	16,40	43.823	17,74
Schleswig-Holst.	2.832.950,00	36.840	13,02	39.300	13,89	40.504	14,32	42.560	15,05	42.105	14,86
Thüringen	2.334.575,00	26.551	11,27	28.739	12,20	30.632	13,01	33.613	14,27	35.217	15,08
Bundesgebiet	82.437.995,00	986.392	11,96	1.047.406	12,70	1.100.626	13,34	1.157.819	14,03	1.198.373	14,54
	Anstieg ggü. Vorjahr	61.678	6,67%	61.014	6,19%	53.220	5,08%	57.193	5,20%	40.554	3,50%

Quelle: Bundesministerium der Justiz: Justizstatistik (GÜ 2 der Amtsgerichte 2001 – 2005), Württ. Notariate, Stat. Bundesamt; Auswertung: Deinert

Tabelle 5

Neue Betreuerbestellungen je 1000 Einwohner

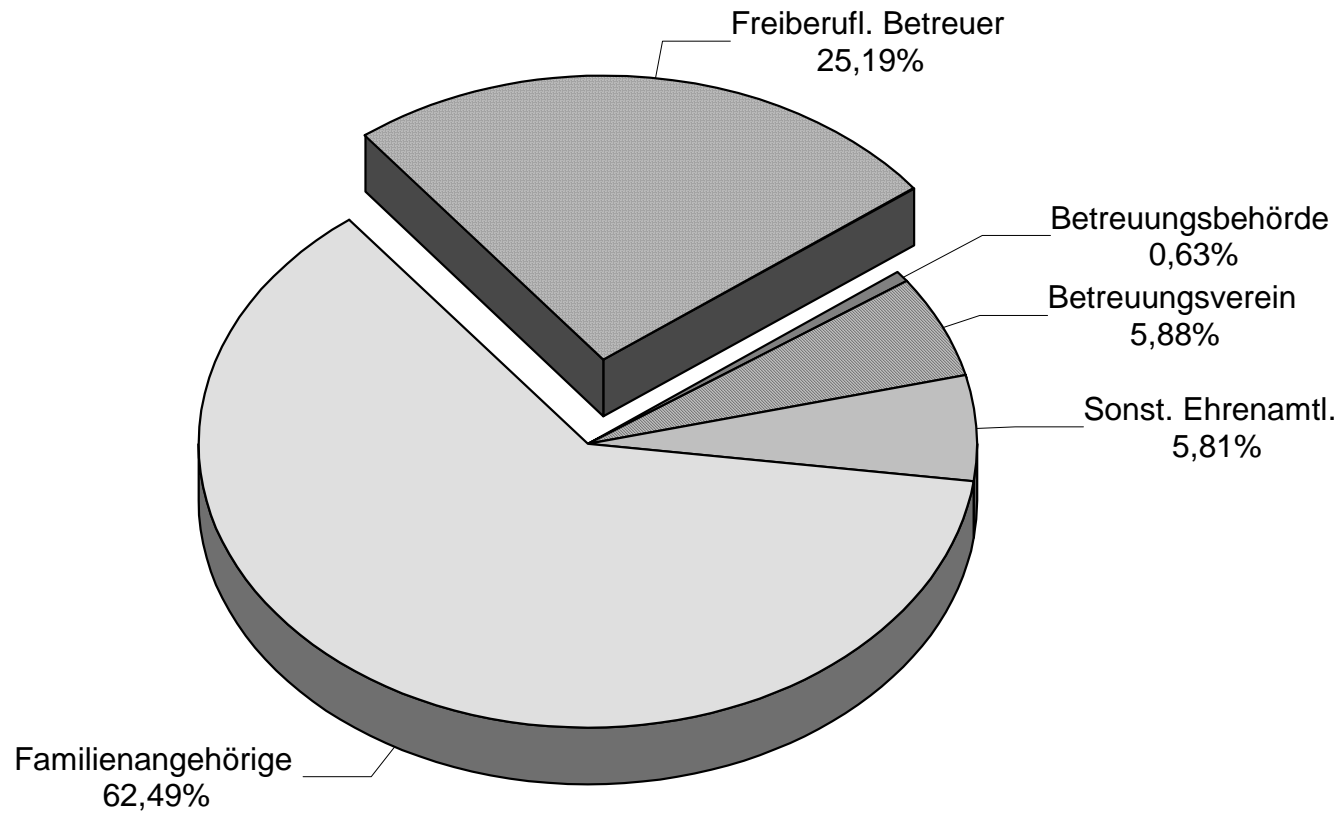


	Bad.-W.	Bayern	Berlin	Brand.	Bremen	Hambg.	Hessen	Meckl.-V.	Nieders.	NRW	Rhld.-Pf.	Saarl.	Sachs.	Sach.-A.	Schl.-H.	Thür.
1995	0,96	1,78	1,28	1,76	0,97	0,78	1,70	1,83	1,71	1,46	1,56	1,28	2,01	1,70	1,27	1,60
2000	1,43	2,92	2,11	2,29	2,24	0,72	2,79	2,61	2,68	2,30	2,48	2,32	2,84	2,25	2,27	2,30
2005	1,67	3,17	2,44	2,88	2,46		3,11	3,28	2,96	2,79	3,13	3,61	2,78	2,77	2,92	2,76

Quellen: Bundesministerium der Justiz: Sondererhebung Verfahren nach dem Betreuungsgesetz 1995, 2000, 2005; Stat. Bundesamt; Auswertung: Deinert

Neue Betreuungen 2005

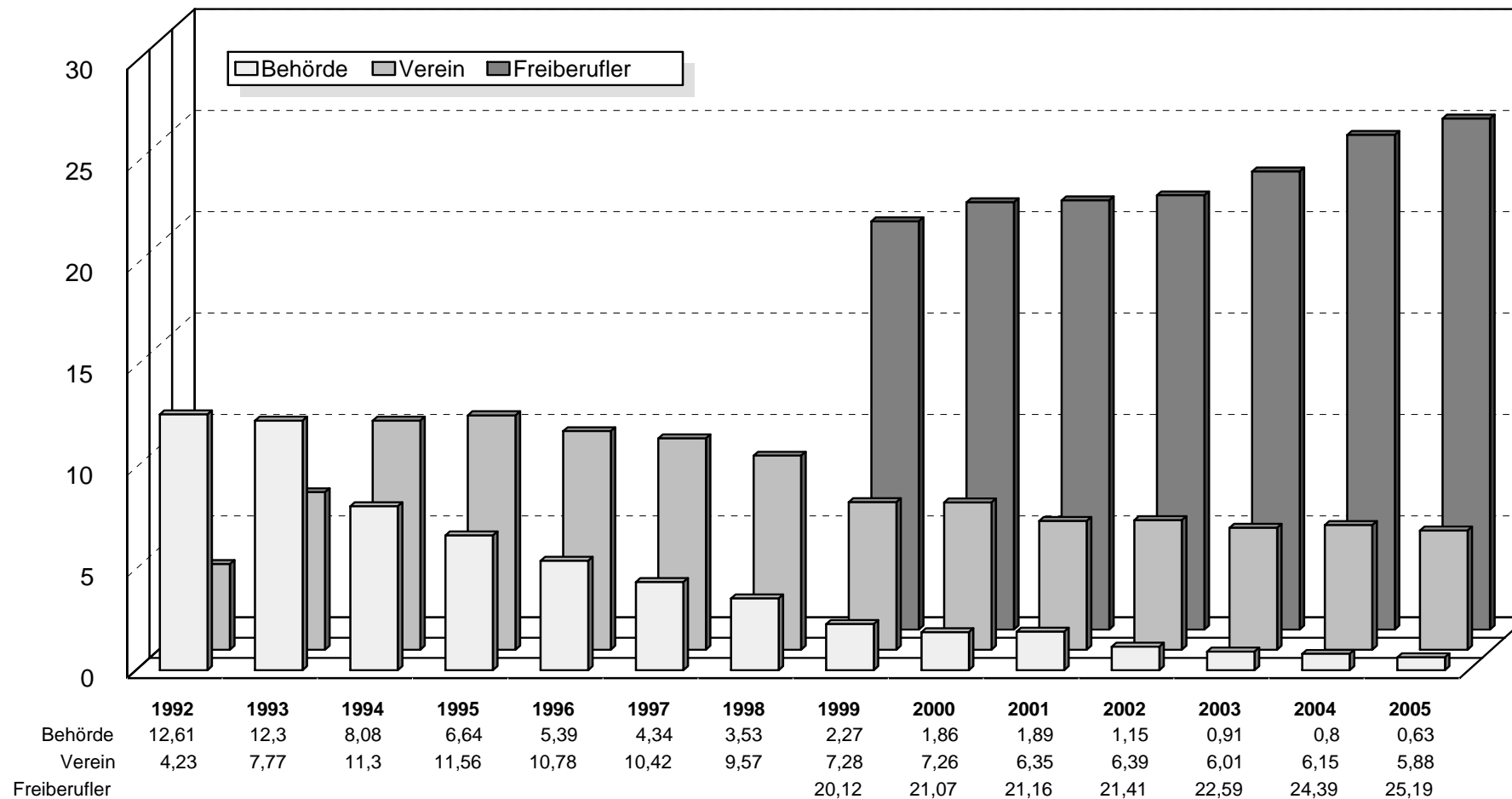
Anteile nach Betreuungsart



Quelle: Bundesministerium der Justiz: Sondererhebung Verfahren nach dem Betreuungsgesetz 2005; die Angaben Betreuungsverein und Betreuungsbehörde enthalten jeweils die Bestellungen nach § 1897 II und 1900 BGB (Zahlen ohne Hamburg)

Tabelle 7

Anteile bei neuen Betreuerbestellungen in %

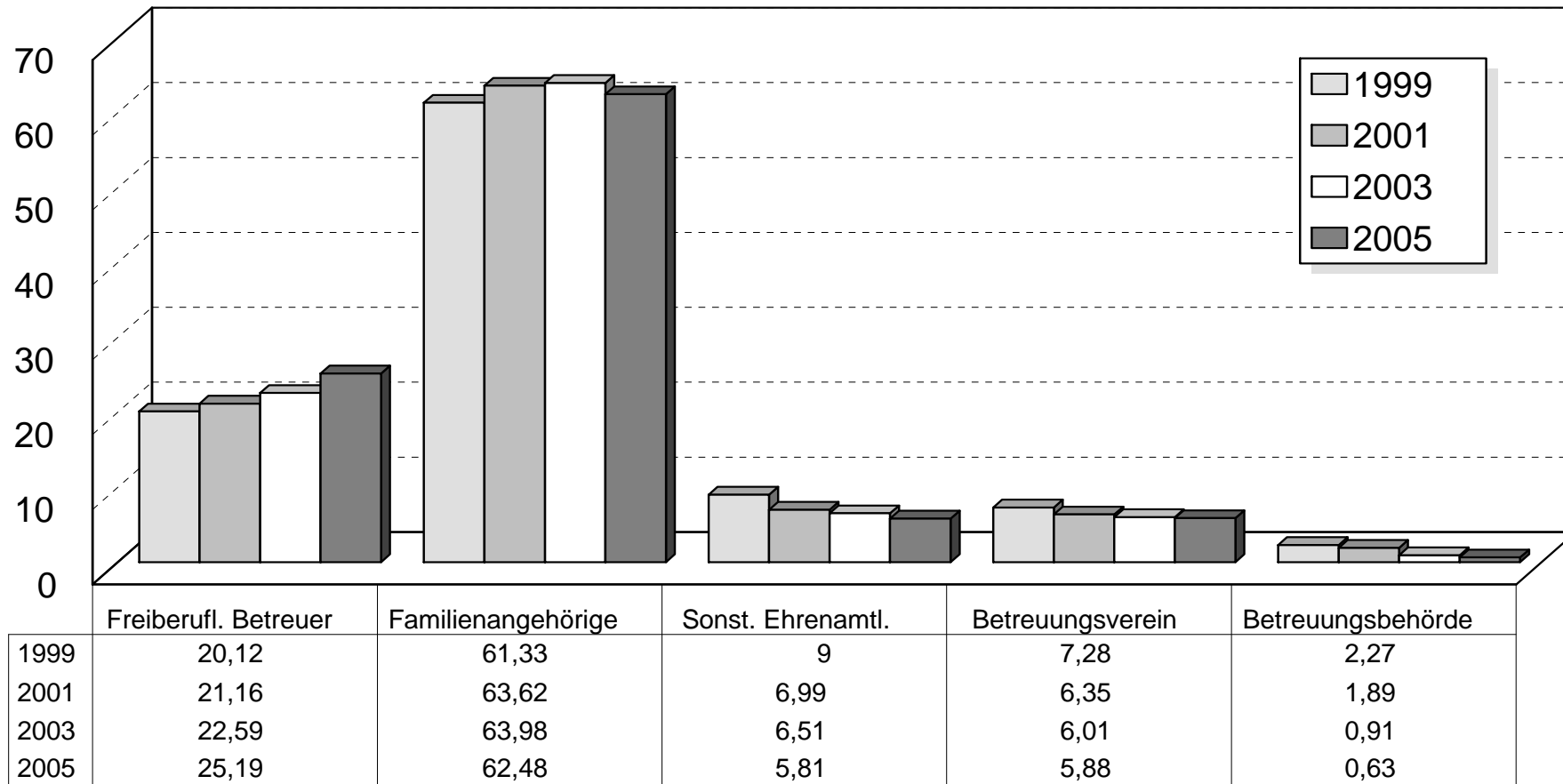


Quelle: Bundesministerium der Justiz: Sondererhebungen Verfahren nach dem Betreuungsgesetz 1992 – 2005, Auswertung: Deinert; die Spalten Verein und Behörde fassen die Bestellungen nach § 1897 II und 1900 BGB jeweils zusammen. Zahlen ab 2000 ohne Hamburg

Tabelle 8

Neue Betreuungen 1999 - 2005

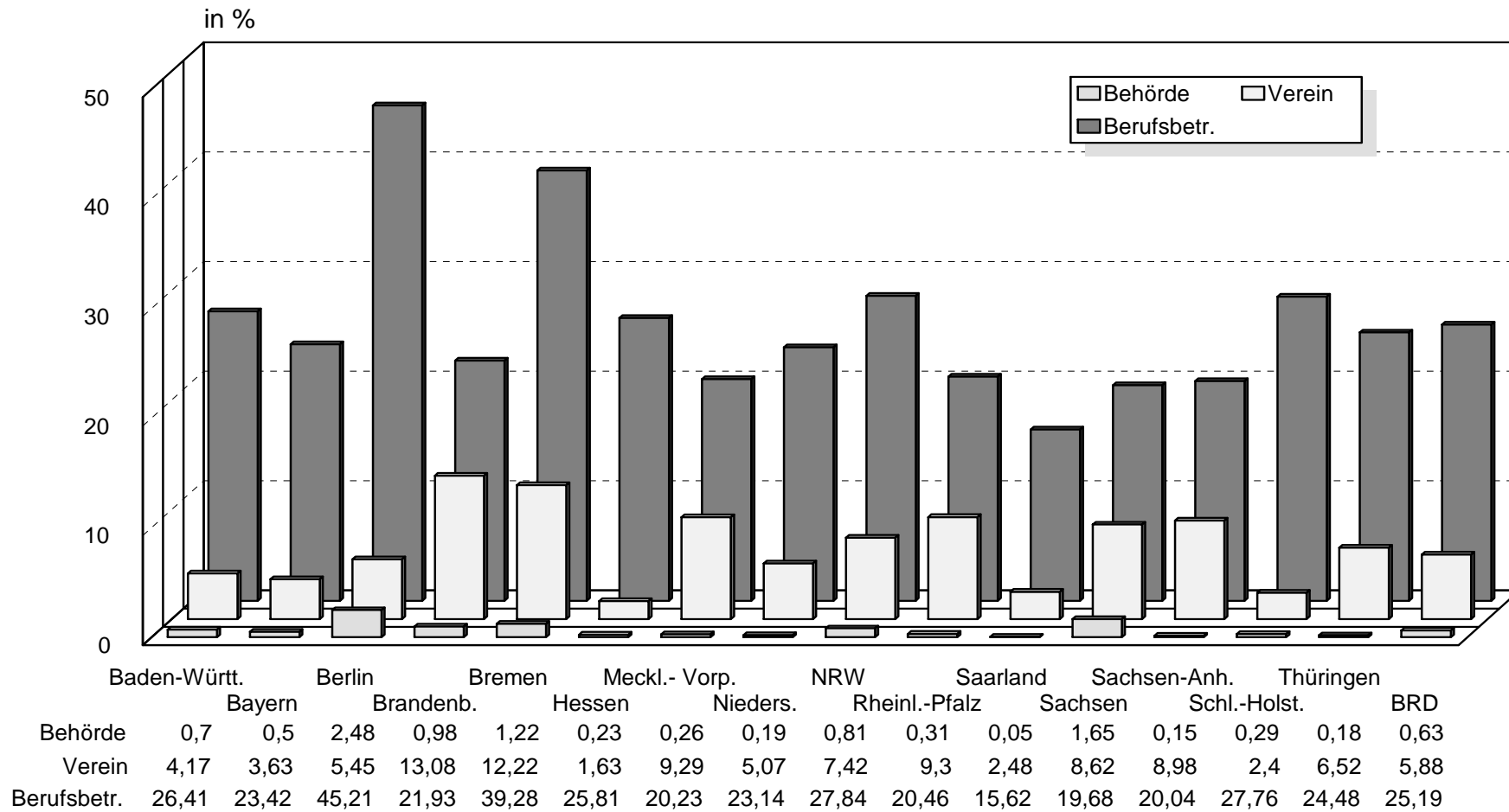
Entwicklung der Anteile nach Betreuungsart in %



Quelle: Bundesministerium der Justiz: Sondererhebungen Verfahren nach dem Betreuungsgesetz 1999 – 2003, Auswertung: Deinert; die Spalten Betreuungsverein und Betreuungsbehörde fassen die Bestellungen nach § 1897 II und 1900 BGB jeweils zusammen. Zahlen ab 2000 ohne Hamburg

Tabelle 9

Erstbestellungen zum Betreuer 2005 nach Betreuerart (in %)



Verein: Vereinsbetreuungen nach § 1897 II und § 1900 I; Behörde: Behördenbetreuungen nach § 1897 II und § 1900 IV

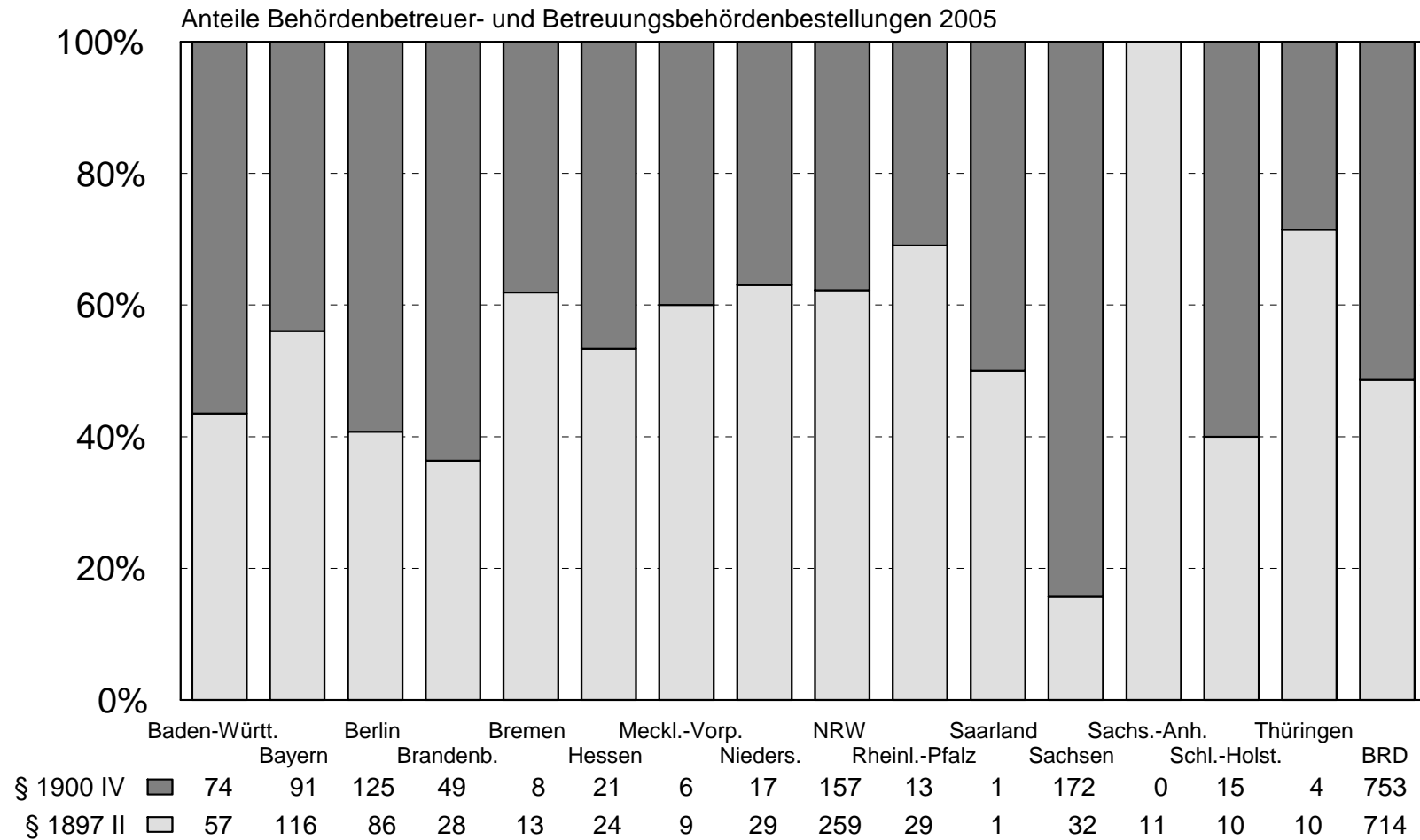
Quelle: Bundesministerium der Justiz: Sondererhebungen Verfahren nach dem Betreuungsgesetz 2005, Auswertung: Deinert; die Spalten Betreuungsverein und Betreuungsbehörde fassen die Bestellungen nach § 1897 II und 1900 BGB jeweils zusammen. Zahlen in Spalte BRD ohne Hamburg

Tabelle 10 **Neu eingerichtete Betreuungen im Jahr 2005**

Bundesland	Bad-W	Bayern	Berlin	Brand.	Bremen	Hessen	Meck-V.	Nieders.	NRW	RLP	Saarl.	Sachsen	Sachs-A.	Schl.-H.	Thür.	BRD
Familienang. Betreuer	11.213	27.796	3.380	4.608	747	13.058	3.777	15.333	31.164	8.624	2.940	7.947	4.617	5.022	4.795	145.021
in %	59,76%	67,10%	39,72%	58,87%	43,28%	67,67%	64,98%	63,89%	60,39%	63,43%	76,01%	64,25%	64,88%	59,08%	62,43%	62,48%
sonst. ehrenamtl. Betreuer	1.683	2.219	608	402	69	897	305	1.849	1.832	884	226	718	423	889	490	13.494
in %	8,97%	5,36%	7,14%	5,14%	4,00%	4,65%	5,25%	7,70%	3,55%	6,50%	5,84%	5,80%	5,94%	10,46%	6,38%	5,81%
Ehrenamtliche Betreuungen insgesamt	12.896	30.015	3.988	5.010	816	13.955	4.082	17.182	32.996	9.508	3.166	8.665	962	5.911	5.285	158.515
in %	68,73%	72,46%	46,86%	64,00%	47,28%	72,32%	70,22%	71,60%	63,94%	69,93%	81,85%	70,05%	13,52%	69,54%	68,82%	68,30%
Berufsbetreuer (freiberufl.) außer RA	4.098	7.921	2.934	1.511	292	4.253	1.149	4.959	12.691	2.145	513	2.380	1.370	1.923	1.838	49.977
in %	21,84%	19,12%	34,48%	19,30%	16,92%	22,04%	19,77%	20,66%	24,59%	15,78%	13,26%	19,24%	19,25%	22,62%	23,93%	21,53%
Rechtsanwälte als Berufsbetreuer	857	1.780	913	206	386	728	27	595	1.676	637	91	54	56	437	42	8.485
in %	4,57%	4,30%	10,73%	2,63%	22,36%	3,77%	0,46%	2,48%	3,25%	4,68%	2,35%	0,44%	0,79%	5,14%	0,55%	3,66%
Freiberufler insgesamt	4.955	9.701	3.847	1.717	678	4.981	1.176	5.554	14.367	2.782	604	2.434	1.426	2.360	1.880	58.462
in %	26,41%	23,42%	45,21%	21,93%	39,28%	25,81%	20,23%	23,14%	27,84%	20,46%	15,62%	19,68%	20,04%	27,76%	24,48%	25,19%
Vereinsbetreuer (§ 1897 II)	766	1.429	444	992	204	307	540	1.169	3.740	1.257	96	1.051	629	200	490	13.314
Betr.verein (§ 1900)	16	73	20	32	7	8		47	88	8		15	10	4	11	339
Verein insgesamt	782	1.502	464	1.024	211	315	540	1.216	3.828	1.265	96	1.066	639	204	501	13.653
in %	4,17%	3,63%	5,45%	13,08%	12,22%	1,63%	9,29%	5,07%	7,42%	9,30%	2,48%	8,62%	8,98%	2,40%	6,52%	5,88%
Beh.betreuer (§ 1897 II)	57	116	86	28	13	24	9	29	259	29	1	32	11	10	10	714
Betr.behörde (§ 1900)	74	91	125	49	8	21	6	17	157	13	1	172		15	4	753
Behörde insgesamt	131	207	211	77	21	45	15	46	416	42	2	204	11	25	14	1.467
in %	0,70%	0,50%	2,48%	0,98%	1,22%	0,23%	0,26%	0,19%	0,81%	0,31%	0,05%	1,65%	0,15%	0,29%	0,18%	0,63%
Berufliche Betreuungen insgesamt	5.868	11.410	4.522	2.818	910	5.341	1.731	6.816	18.611	4.089	702	3.704	2.076	2.589	2.395	73.582
in %	31,27%	27,54%	53,14%	36,00%	52,72%	27,68%	29,78%	28,40%	36,06%	30,07%	18,15%	29,95%	29,17%	30,46%	31,18%	31,70%
Neue Betreuungen insgesamt	18.764	41.425	8.510	7.828	1.726	19.296	5.813	23.998	51.607	13.597	3.868	12.369	7.116	8.500	7.680	232.097

Quelle: Bundesministerium der Justiz: Sondererhebung Verfahren nach dem Betreuungsgesetz 2005; Auswertung: Deinert; Zahlen in Spalte BRD ohne Hamburg

Tabelle 11



Quelle: Bundesministerium der Justiz: Sondererhebung Verfahren nach dem Betreuungsgesetz; Auswertung: Deinert. Zahlen in Spalte BRD ohne Hamburg.

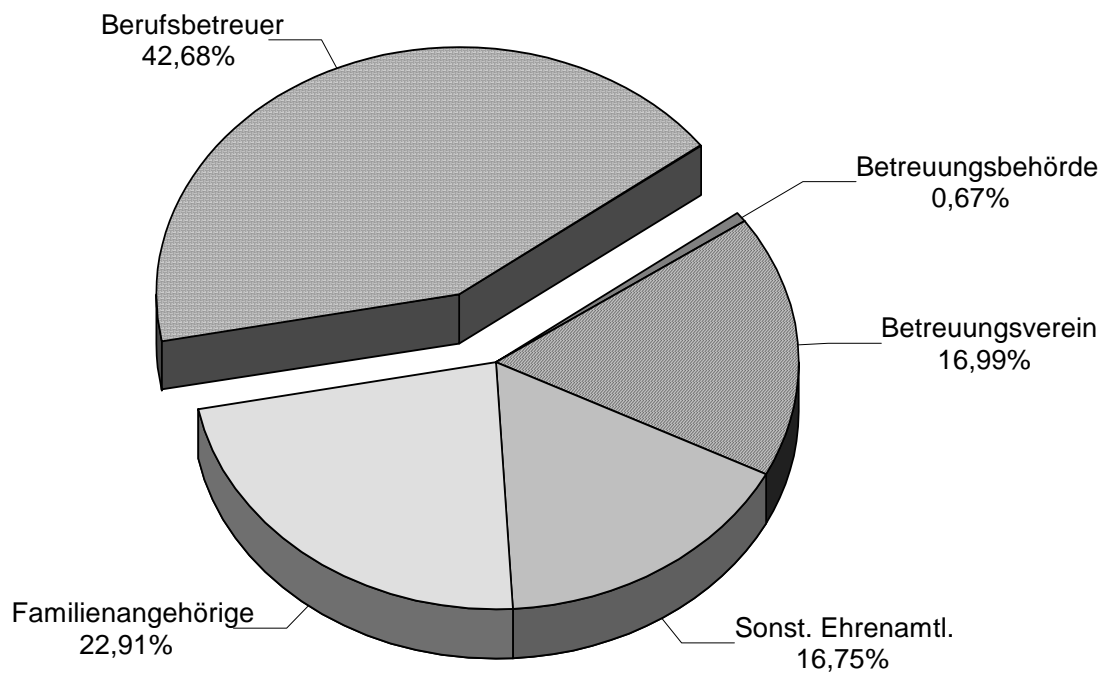
e) Betreuerwechsel (§§ 1908b, c BGB)

Bei rund 3,5 % aller Betreuungen findet jährlich ein Wechsel des Betreuers statt (Gesamtzahl 2005: 36.409). Die in der Justizstatistik erfassten Anteile bei den Neubestellungen von Betreuern unterscheiden sich sehr von den bei den Erstbestellungen (siehe zu den Letztgenannten Tabelle 6). Beim Betreuerwechsel ist der Anteil beruflicher zu nichtberuflicher Betreuungsführung nahezu umgekehrt gegenüber den Erstbestellungen. Nachstehend die Zahlen aus dem Jahre 2005 (die sich ggü. den Vorjahren nicht wesentlich verändert haben).

Betreuerwechsel 2005	Gesamtzahl	Anteil
Fam.mitglieder	8620	23,68%
sonst. Ehrenamtler	6037	16,58%
Berufsbetreuer	15384	42,25%
Betr.verein	6125	16,82%
Betr.behörde	243	0,67%
Summe:	36409	

Betreuerwechsel 2005

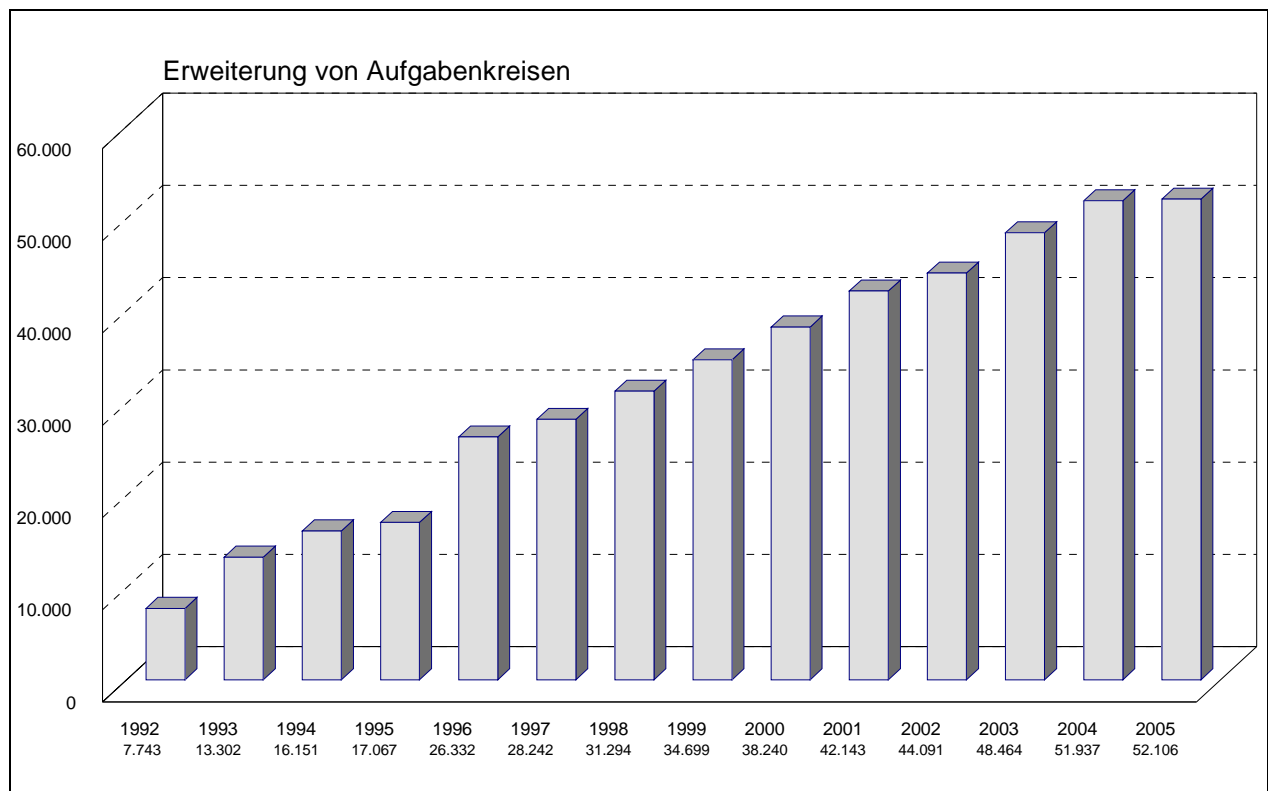
Anteile der ersatzweise bestellten Betreuer nach Betreuungsart



f) Erweiterung von Aufgabenkreisen (§ 1908d Abs. 3 BGB)

Erweiterung von Aufgabenkreisen		
Jahr	Gesamtzahl	Anstieg ggü. Vorjahr
1992	7.743	
1993	13.302	71,79%
1994	16.151	21,42%
1995	17.067	5,67%
1996	26.332	54,29%
1997	28.242	7,25%
1998	31.294	10,81%
1999	34.699	10,88%
2000	38.240	10,20%
2001	42.143	10,21%
2002	44.091	4,62%
2003	48.464	9,92%
2004	51.937	7,17%
2005	52.106	0,33%

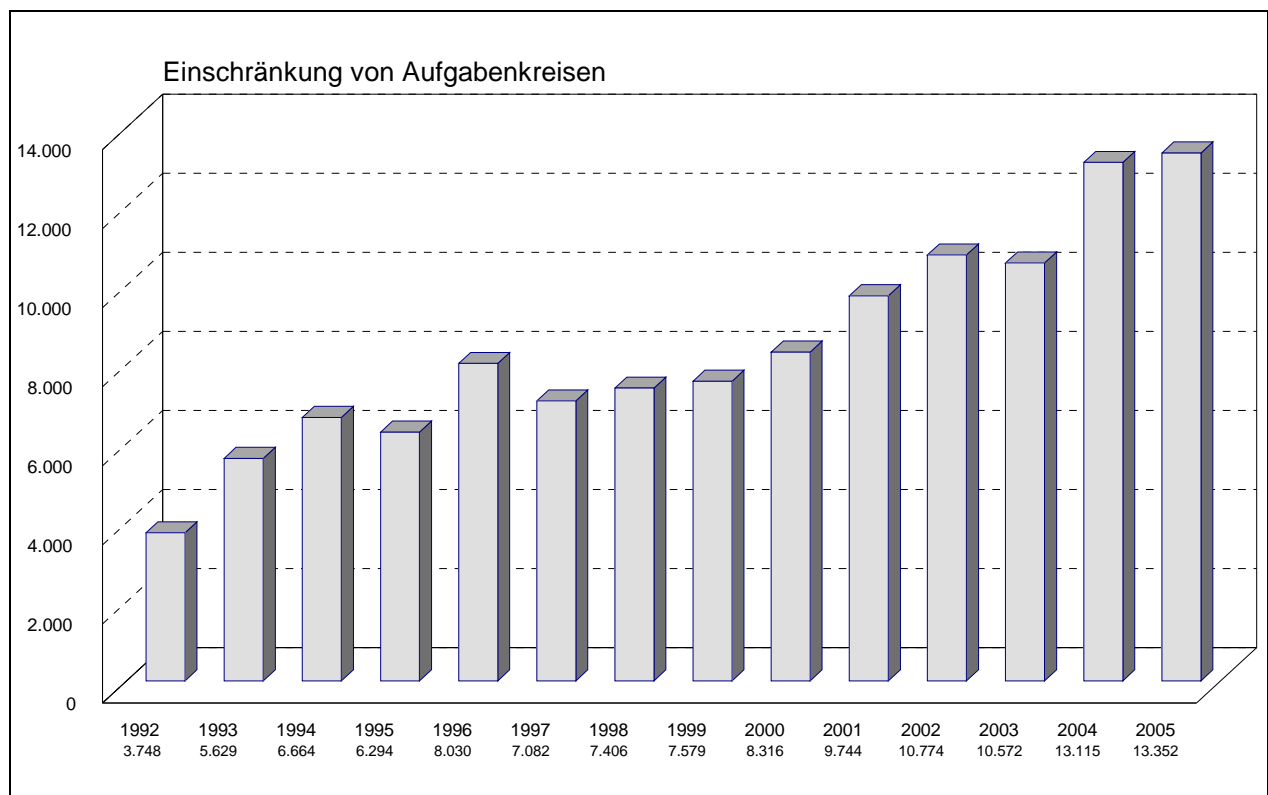
(Quelle: BMJ: Sondererhebung Verfahren nach dem BtG; Zahlen ab 2000 ohne Hamburg)



g) Einschränkung von Aufgabenkreisen (§ 1908d Abs. 1 S. 2 BGB)

Einschränkung von Aufgabenkreisen		
Jahr	Gesamt	Anstieg ggü. Vorjahr
1992	3.748	
1993	5.629	50,19%
1994	6.664	18,39%
1995	6.294	-5,55%
1996	8.030	27,58%
1997	7.082	-11,81%
1998	7.406	4,57%
1999	7.579	2,34%
2000	8.316	9,72%
2001	9.744	17,17%
2002	10.774	10,57%
2003	10.572	-1,87%
2004	13.115	24,05%
2005	13.352	1,81%

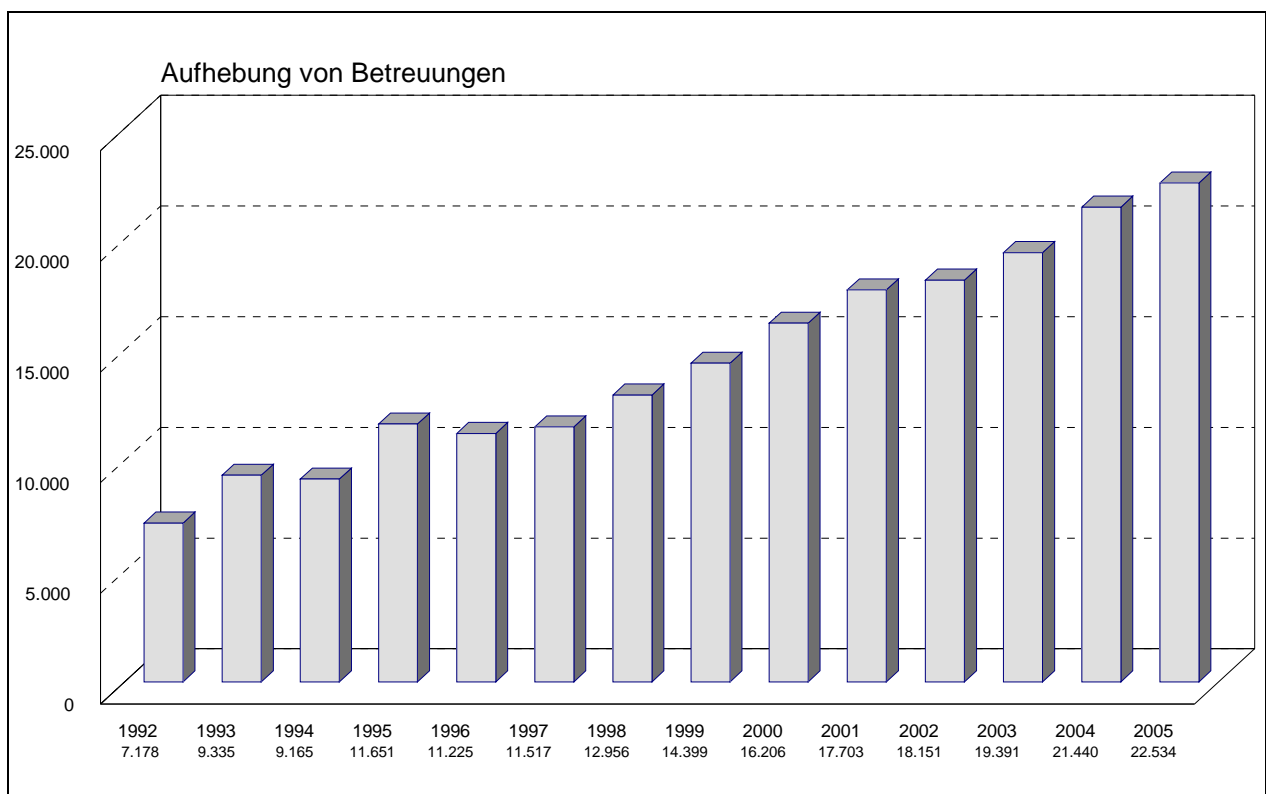
(Quelle: BMJ: Sondererhebung Verfahren nach dem BtG; Zahlen ab 2000 ohne Hamburg)



h) Aufhebung von Betreuungen (§ 1908 d Abs. 1 Satz 1 BGB)

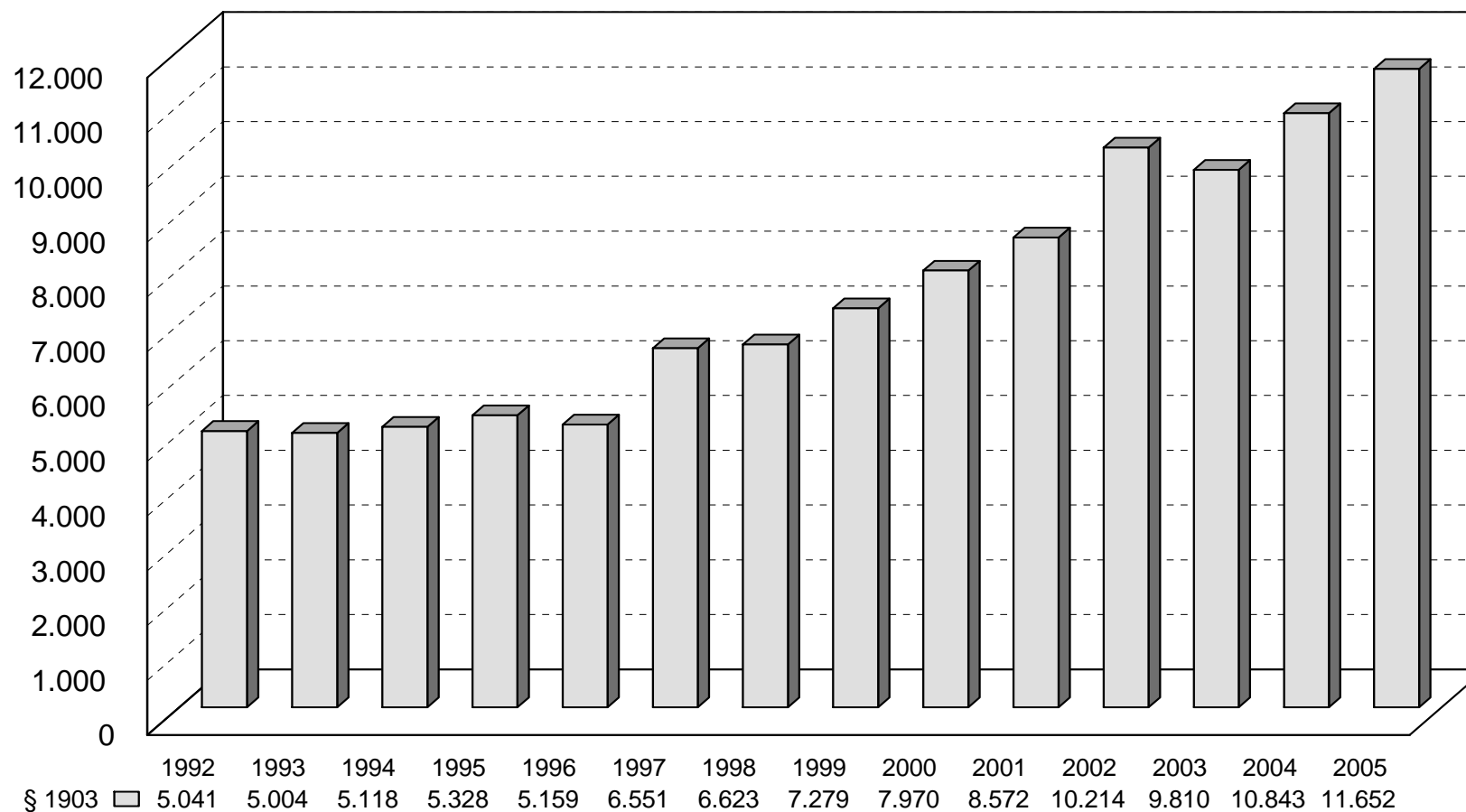
Aufhebung von Betreuungen		
Jahr	Gesamt	Anstieg ggü. Vorjahr
1992	7.178	
1993	9.335	30,05%
1994	9.165	-1,82%
1995	11.651	27,12%
1996	11.225	-3,66%
1997	11.517	2,60%
1998	12.956	12,49%
1999	14.399	11,14%
2000	16.206	12,55%
2001	17.703	9,24%
2002	18.151	2,53%
2003	19.391	6,83%
2004	21.440	10,57%
2005	22.534	5,10%

(Quelle: BMJ: Sondererhebung Verfahren nach dem BtG; Zahlen ab 2000 ohne Hamburg)



i) Einwilligungsvorbehalte (§ 1903 BGB)

Anordnung von Einwilligungsvorbehalten



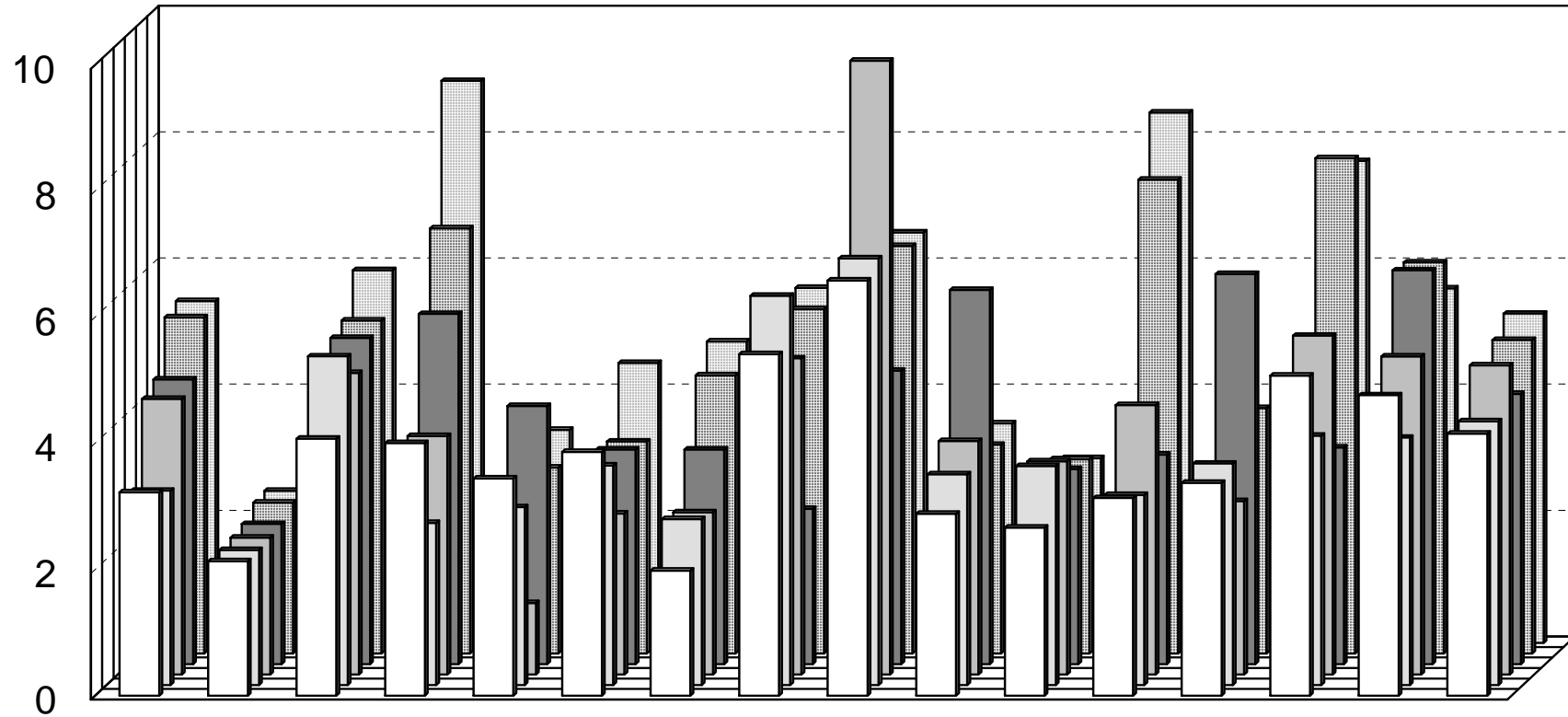
Quelle: Bundesministerium der Justiz; Sondererhebung Verfahren nach dem Betreuungsgesetz (Zahlen ab 2000 ohne Hamburg)

Anordnete Einwilligungsvorbehalte 2005 im regionalen Vergleich in Relation zu neuen Betreuerbestellungen

Land	Neue Betreuungen 2005	Angeordnete Einwilligungs-vorbehalte	Prozentsatz der Einwilligungs- vorbehalte
Baden - Württemberg	17.909	971	5,42%
Bayern	39.586	954	2,41%
Berlin	8.279	489	5,91%
Brandenburg	7.383	658	8,91%
Bremen	1.629	55	3,38%
Hessen	18.969	842	4,44%
Mecklenburg - Vorp.	5.606	268	4,78%
Niedersachsen	23.632	1.330	5,63%
Nordrhein - Westfalen	50.437	3.283	6,51%
Rheinland - Pfalz	12.697	442	3,48%
Saarland	3.790	111	2,93%
Sachsen	11.896	1.001	8,41%
Sachsen - Anhalt	6.829	253	3,70%
Schleswig - Holstein	8.282	633	7,64%
Thüringen	6.441	362	5,62%
Bundesgebiet (ohne Hamburg)	223.365	11.652	5,22%

Quelle: Bundesministerium der Justiz; Sondererhebung Verfahren nach dem Betreuungsgesetz: Zahlenangaben ohne Hamburg

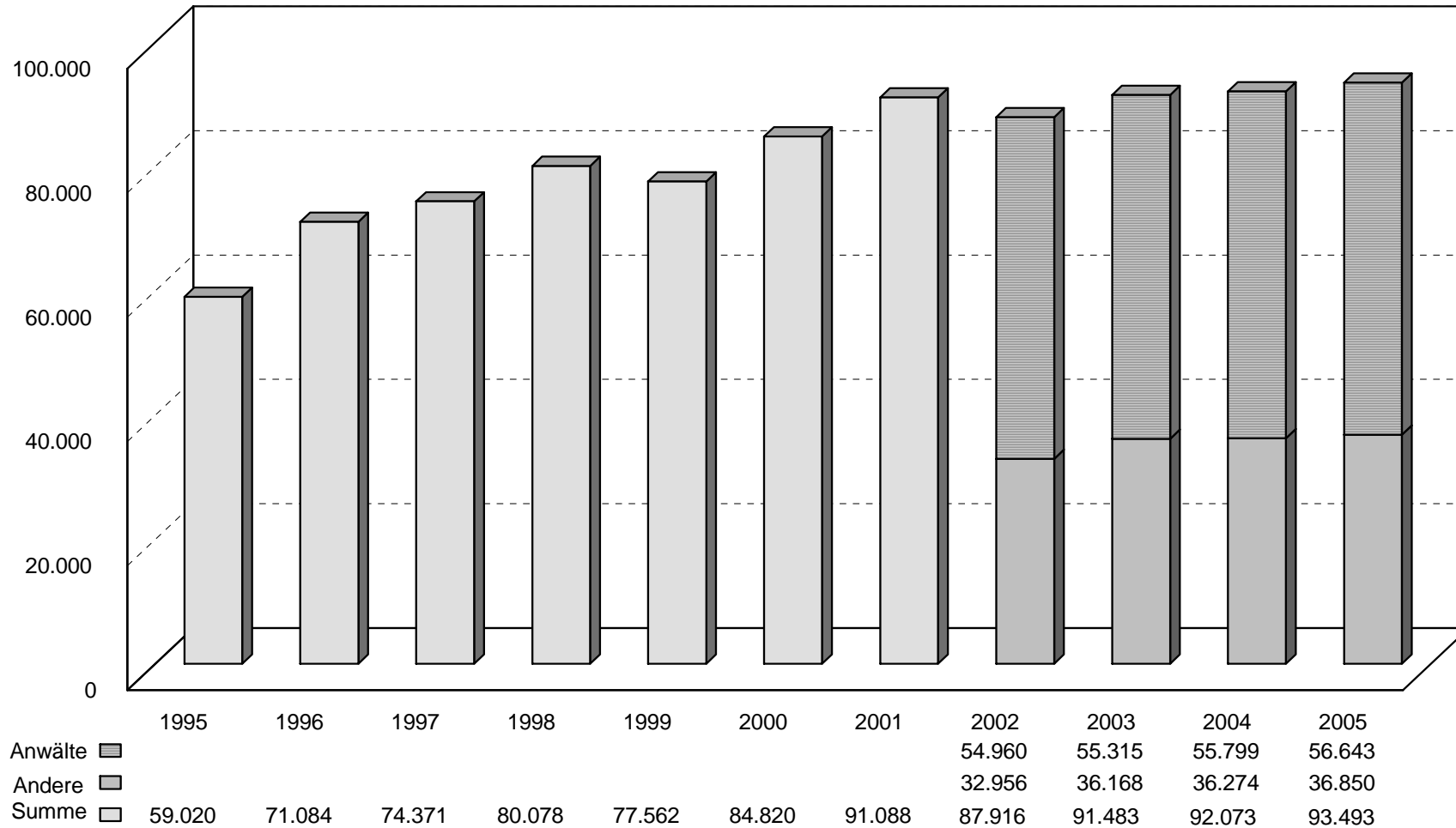
Einwilligungsvorbehalte bei neuen Betreuungen 2000 - 2005



	Bad.-W.	Bayern	Berlin	Brand.	Bremen	Hessen	Meckl.-V.	Nieders.	NRW	Rind.-Pf.	Saarl.	Sachsen	Sachs.-A.	Schl.-H.	Thür.	BRD
2000 (%)	3,22	2,13	4,07	4	3,44	3,86	1,98	5,41	6,58	2,88	2,66	3,13	3,37	5,07	4,76	4,15
2001 (%)	3,08	2,14	5,21	2,57	2,82	3,48	2,63	6,17	6,76	3,34	3,47	3,01	3,51	3,95	3,92	4,18
2002 (%)	4,37	2,17	4,78	3,78	1,13	2,55	2,57	5,01	9,73	3,7	3,38	4,27	2,75	5,37	5,04	4,9
2003 (%)	4,51	2,22	5,17	5,55	4,09	3,4	3,4	2,46	4,65	5,93	3,09	3,32	6,18	3,43	6,24	4,28
2004 (%)	5,33	2,39	5,28	6,74	2,95	3,36	4,41	5,46	6,46	3,31	3,08	7,51	3,89	7,85	6,2	4,97
2005 (%)	5,42	2,41	5,91	8,91	3,38	4,44	4,78	5,63	6,51	3,48	2,93	8,41	3,7	7,64	5,62	5,22

j) Bestellung von Verfahrenspflegern (§§ 67, 70b FGG)

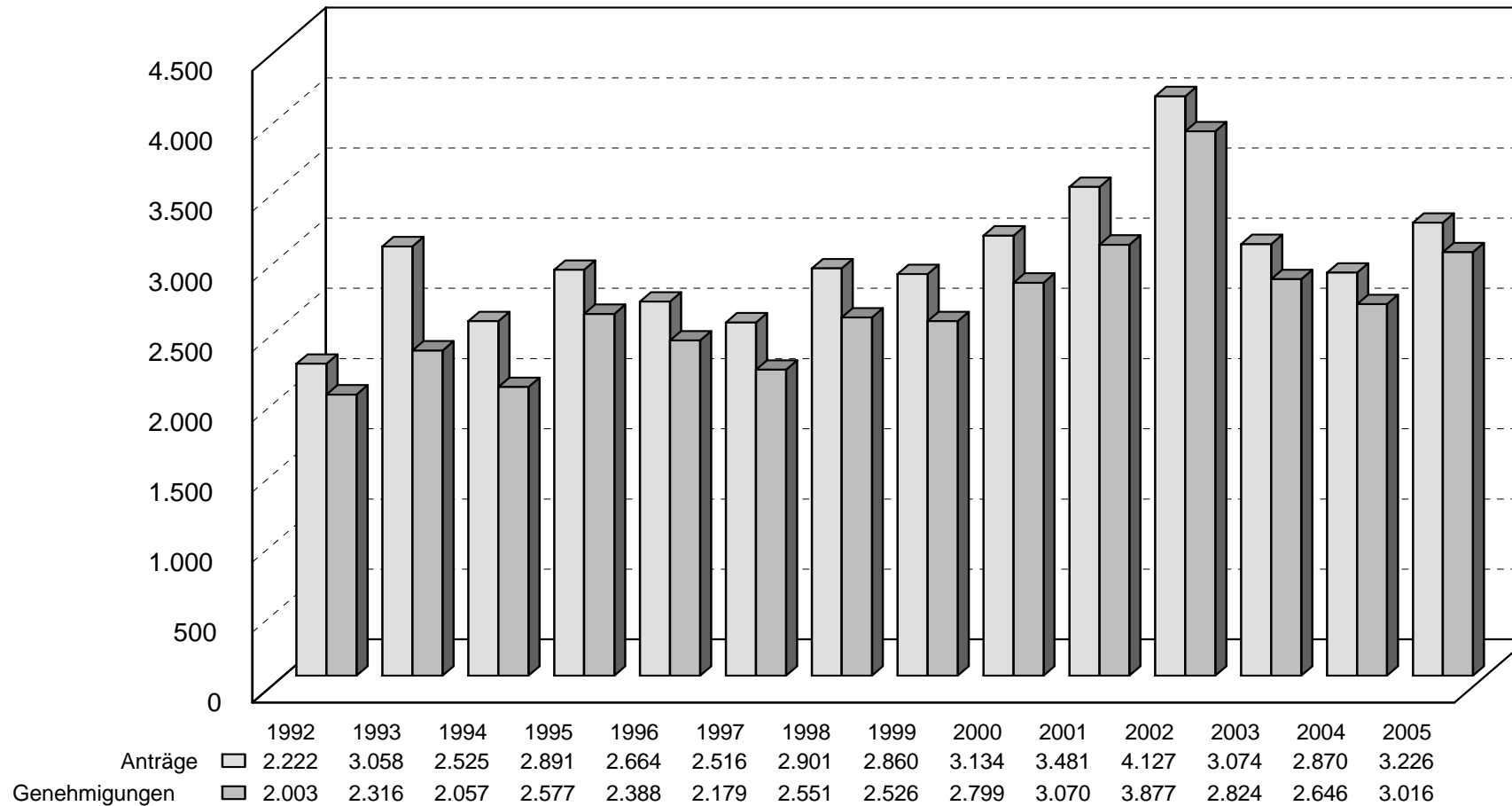
Verfahrenspflegerbestellungen 1995 - 2005



Quelle: Bundesministerium der Justiz; Sondererhebung Verfahren nach dem Betreuungsgesetz (Zahlen ab 2000 ohne Hamburg), Grafik: Deinert

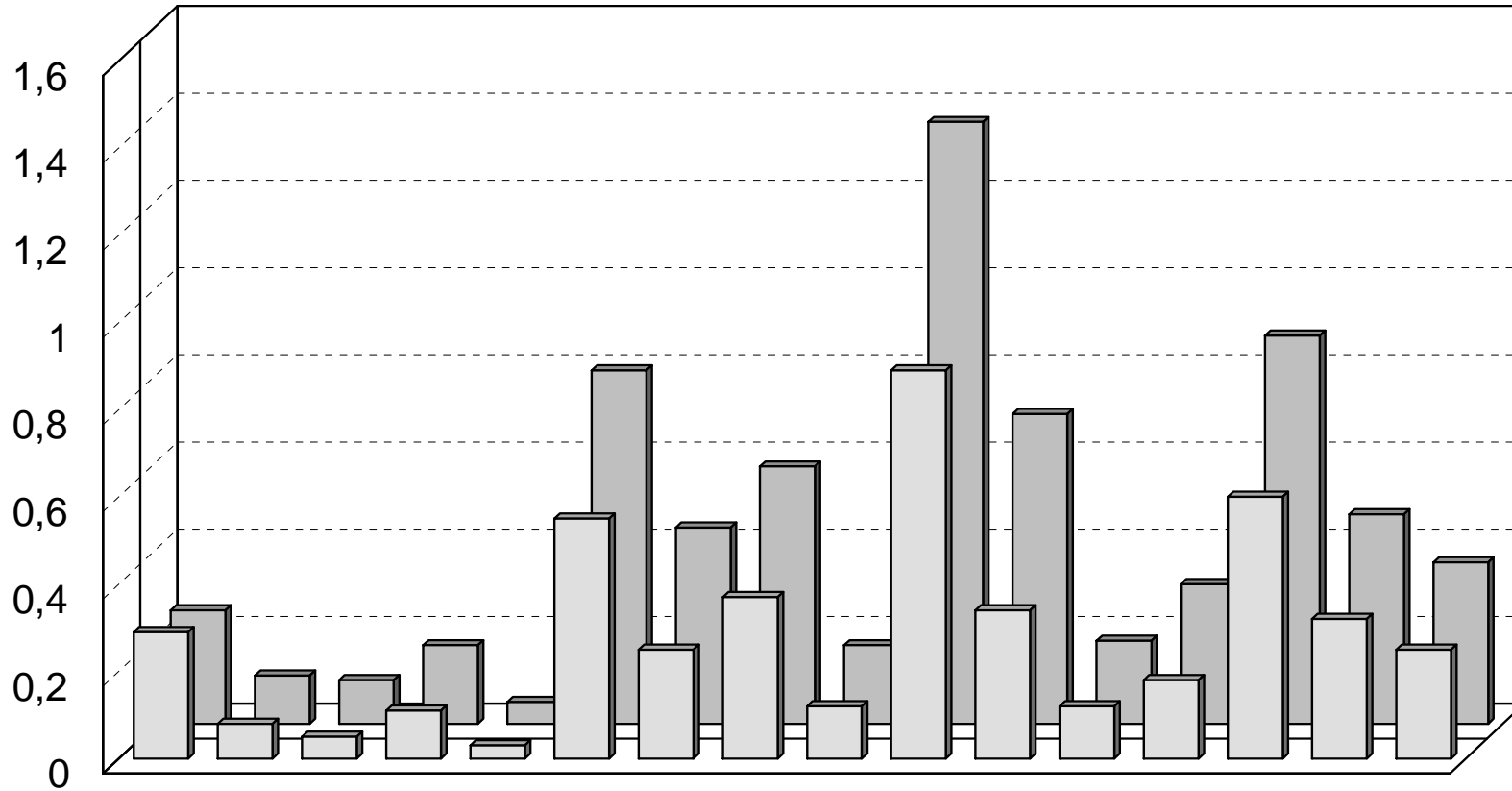
k) Genehmigung gefährlicher Heilbehandlungen (§ 1904 Abs. 1 BGB)

Genehmigungsverfahren nach § 1904 BGB



Quelle: Bundesministerium der Justiz: Sondererhebung „Verfahren nach dem Betreuungsgesetz 1996 – 2005 (Zahlen ab 2000 ohne Hamburg);“

Genehmigte Heilbehandlungen im Jahre 2005



	Bad.-W.	Bayern	Berlin	Brand.	Bremen	Hessen	Meckl.-V.	Nieders.	NRW	Rln.-Pf.	Saarld.	Sachsen	Sachs.-A.	Schl.-H.	Thür.	BRD
e 100 Betreute	0,29	0,08	0,05	0,11	0,03	0,55	0,25	0,37	0,12	0,89	0,34	0,12	0,18	0,6	0,32	0,25
je 10000 Einw.	0,26	0,11	0,1	0,18	0,05	0,81	0,45	0,59	0,18	1,38	0,71	0,19	0,32	0,89	0,48	0,37

Genehmigte Heilbehandlungen gem. § 1904 BGB 2005

Land	Einwohnerzahl 31.12.2005	Betreuungen 31.12.2005	Genehmigte Heilbehandl.	Heilbehandl. je 100 Betreute	Heilbehandl. Je 10.000 Einw.
Baden - Württemberg	10.735.701	95.737	278	0,29	0,26
Bayern	12.468.726	172.323	134	0,08	0,11
Berlin	3.395.189	61.028	33	0,05	0,10
Brandenburg	2.559.483	42.479	46	0,11	0,18
Bremen	663.467	8.597	3	0,03	0,05
Hamburg	1.743.627	24.321		0,00	0,00
Hessen	6.092.354	88.016	495	0,55	0,81
Mecklenburg - Vorp.	1.707.266	31.347	77	0,25	0,45
Niedersachsen	7.993.946	128.174	468	0,37	0,59
Nordrhein - Westfalen	18.058.105	273.232	318	0,12	0,18
Rheinland - Pfalz	4.058.843	63.349	562	0,89	1,38
Saarland	1.050.293	21.768	75	0,34	0,71
Sachsen	4.273.754	66.857	81	0,12	0,19
Sachsen - Anhalt	2.469.716	43.823	80	0,18	0,32
Schleswig - Holstein	2.832.950	42.105	253	0,60	0,89
Thüringen	2.334.575	35.217	113	0,32	0,48
Bundesgebiet*	82.437.995	1.200.413	3.016	0,25	0,37

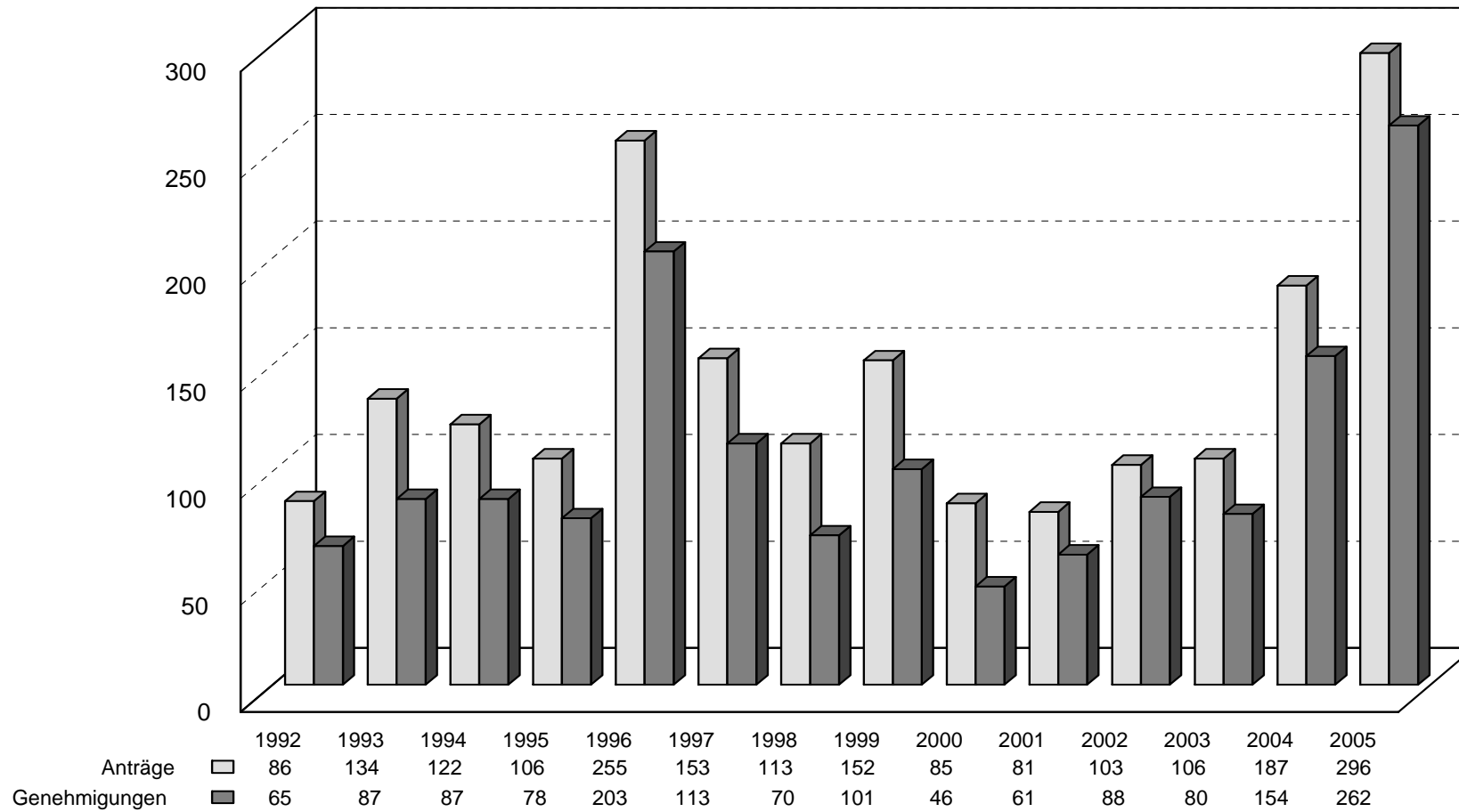
*z.T. ohne Zahlen aus Hamburg, da leider nicht verfügbar

Genehmigungswahrscheinlichkeit von Anträgen nach § 1904 BGB 2005

Land	Ablehnung	Genehmigung	% Ablehnung	% Genehmigung
Baden - Württemberg	44	278	13,66%	86,34%
Bayern	8	134	5,63%	94,37%
Berlin	0	33	0,00%	100,00%
Brandenburg	9	46	16,36%	83,64%
Bremen	0	3	0,00%	100,00%
Hessen	19	495	3,70%	96,30%
Mecklenburg - Vorp.	1	77	1,28%	98,72%
Niedersachsen	26	468	5,26%	94,74%
Nordrhein - Westfalen	49	318	13,35%	86,65%
Rheinland - Pfalz	20	562	3,44%	96,56%
Saarland	0	75	0,00%	100,00%
Sachsen	12	81	12,90%	87,10%
Sachsen - Anhalt	0	80	0,00%	100,00%
Schleswig - Holstein	19	253	6,99%	93,01%
Thüringen	3	113	2,59%	97,41%
Bundesgebiet*	210	3.016	6,51%	93,49%

*ohne Zahlen aus Hamburg, da leider nicht verfügbar

I) Genehmigung von Sterilisationseinwilligungen (§ 1905 BGB)



Bundesministerium der Justiz: Sondererhebung „Verfahren nach dem Betreuungsgesetz 1992 – 2005 (Zahlen ab 2000 ohne Hamburg); Grafik: Deine: Deinert

Gesamtzahl der genehmigten Sterilisationen 2003 – 2005 im regionalen Vergleich

	2003	2004	2005
Baden - Württ.	19	5	4
Bayern	7	7	138
Berlin	2	1	5
Brandenburg	3	5	
Bremen	0	0	
Hessen	3	7	8
Mecklenburg-V.	3	4	1
Niedersachsen	13	9	5
Nordrhein-Westf.	18	102	87
Rheinland - Pfalz	3	5	6
Saarland	0	0	
Sachsen	1	4	
Sachsen-Anh.	1	3	1
Schleswig-Holst.	3	1	4
Thüringen	4	1	3
BRD*	80	154	262
(*ohne Hamburg)			

Quelle: Bundesministerium der Justiz; Sondererhebung: Verfahren nach dem Betreuungsgesetz;

Genehmigungsquote von Sterilisationsanträgen 2005

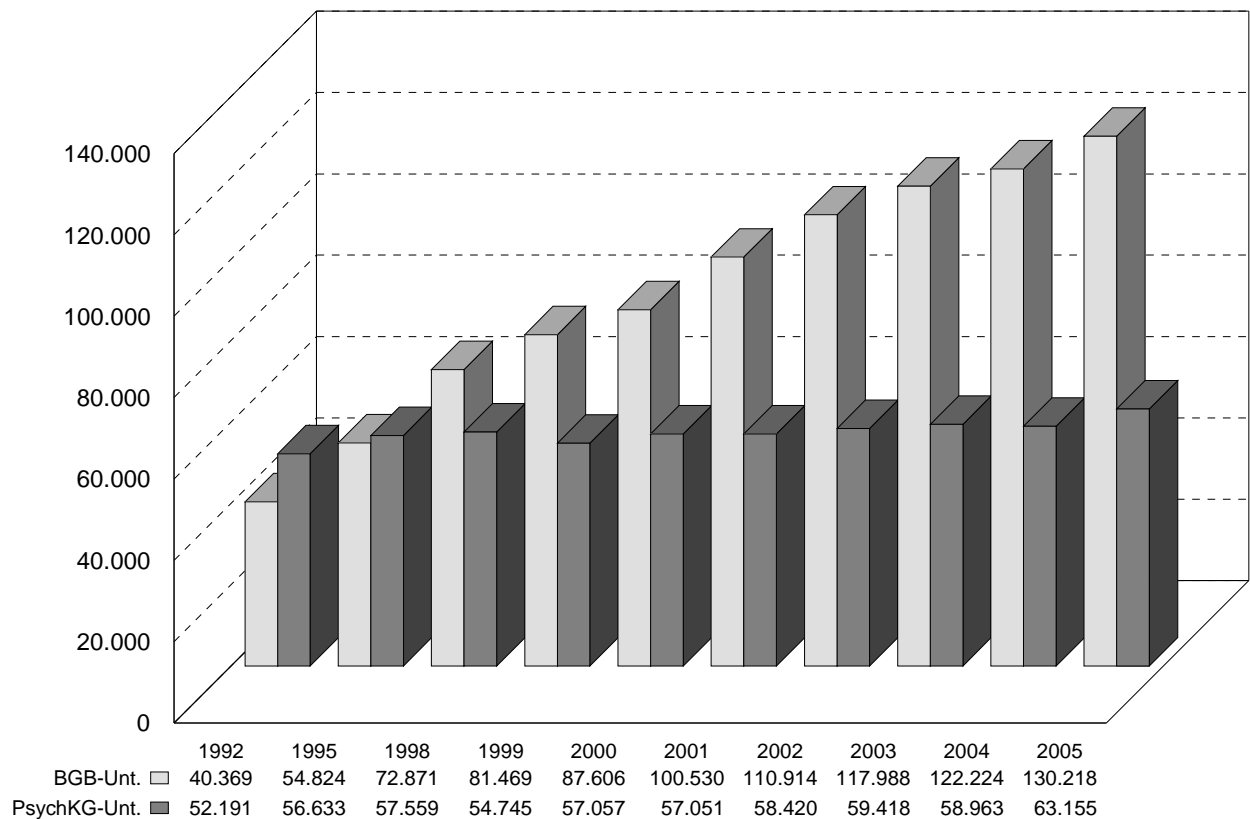
Land	Genehmigung	Ablehnung	Genehmigung in %	Ablehnung in %
Baden - Württemberg	4	3	57,14%	42,86%
Bayern	138	5	96,50%	3,50%
Berlin	5	0	100,00%	0,00%
Brandenburg	0	0		
Bremen	0	0		
Hessen	8	4	66,67%	33,33%
Mecklenburg - Vorp.	1	1	50,00%	50,00%
Niedersachsen	5	0	100,00%	0,00%
Nordrhein - Westfalen	87	6	93,55%	6,45%
Rheinland - Pfalz	6	11	35,29%	64,71%
Saarland	0	0		
Sachsen	0	1	0,00%	100,00%
Sachsen - Anhalt	1	1	50,00%	50,00%
Schleswig - Holstein	4	2	66,67%	33,33%
Thüringen	3	0	100,00%	0,00%
Bundesgebiet*	262	34	88,51%	11,49%

(*ohne Hamburg)

Quelle: Bundesministerium der Justiz; Sondererhebung: Verfahren nach dem Betreuungsgesetz

m) Unterbringungsverfahren (§§ 1906 Abs. 1/4 BGB; PsychKGe)

1) Gesamtzahl der Verfahren am Jahresende (GÜ2)

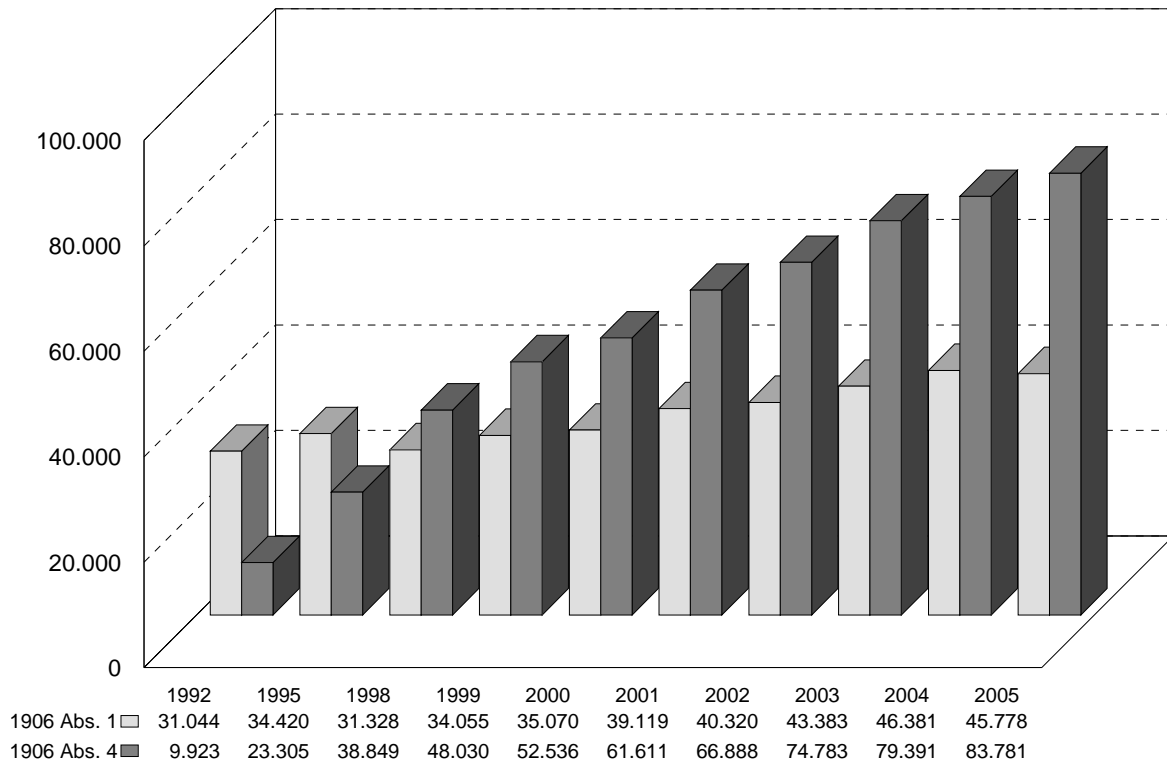


2. Genehmigte Anträge nach § 1906 Abs. 1 und Abs. 4 BGB

Während in der o.g. Übersicht die anhängig gewordenen Unterbringungsverfahren nach Zivilrecht und öffentlichem Recht aufgelistet sind, sind nachstehend die genehmigten Anträge in solche nach § 1906 Abs. 1 (freiheitsentziehende Maßnahmen) und nach Absatz 4 (unterbringungsähnliche Maßnahmen) aufgegliedert. Hieraus ist ersichtlich, dass die aus der vorstehenden Grafik ersichtlichen Steigerungsraten im wesentlichen darauf zurückzuführen sind, dass die unterbringungsähnlichen Maßnahmen erheblich anstiegen, während die eigentlichen Unterbringungen sich nur moderat erhöhten.

Ein weitergehender Vergleich der zivilrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Unterbringungen ist leider nicht möglich, da die öffentlich-rechtlichen Unterbringungen nach PsychKG/UBG/HFEG nur in der Geschäftsübersicht der Amtsgerichte (GÜ2) erfasst werden, nicht aber in der Sondererhebung Betreuungsrecht. Die GÜ2 erfasst nur anhängig gewordene Unterbringungsverfahren, nicht jedoch deren Ausgang.

Außerdem werden die Fixierungs- und Fesselungsmaßnahmen nur im Betreuungsrecht separat erfasst, im Bereich der öffentlich-rechtlichen Unterbringungen werden diese Maßnahmen (dort meist als „besondere Sicherungsmaßnahmen“ bezeichnet) nicht justizmäßig gezählt. Demgegenüber werden in der Sondererhebung Betreuungsrecht auch die tatsächlich genehmigten Maßnahmen erfasst und unterschieden nach den Absätzen 1 und 4.



Quelle: Bundesministerium der Justiz, Sondererhebung „Verfahren nach dem Betreuungsgesetz, 1998 – 2002; Bundestagsdrucksache 13/7133; Gestaltung: Deinert)

3. Regionale Häufigkeit von Unterbringungsmaßnahmen 2005

Berücksichtigt sind in der nachfolgenden Statistik die im Jahr 2005 durchgeführten Unterbringungsverfahren.

Hierbei wird unterschieden in

- Unterbringungen (§ 1906 Abs. 1 BGB) und unterbringungsähnliche Maßnahmen (§ 1906 Abs. 4 BGB) durch Betreuer,
- Unterbringungen durch das Vormundschaftsgericht als zivilrechtliche Eilmaßnahme (§ 1846 BGB) und
- öffentlich-rechtliche Unterbringungen aufgrund der Landesgesetze zum Schutz psychisch Kranker bzw. der Unterbringungs- oder Freiheitsentziehungsgesetze, hier allgemein als PsychKG bezeichnet. Vgl. hierzu die landesrechtlichen Unterbringungsgesetze im Länderteil des HK BUR.

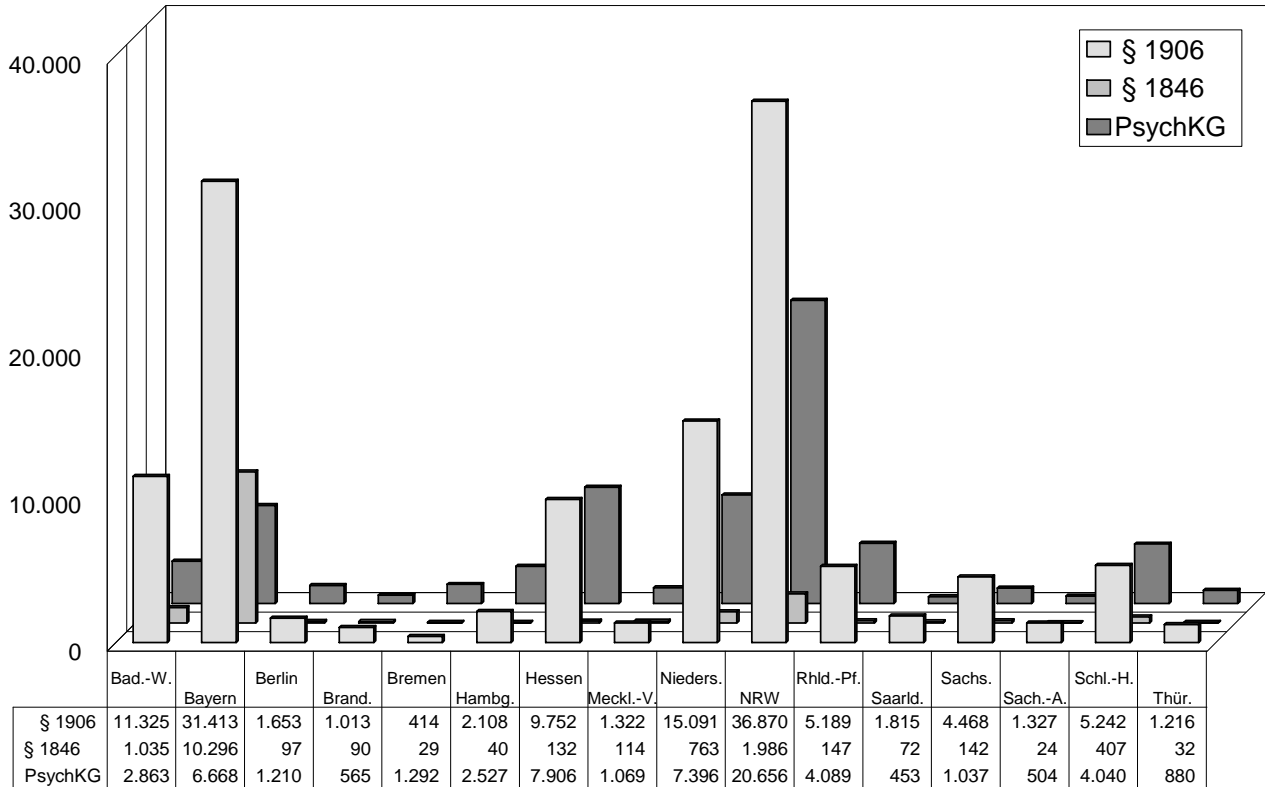
Die Unterbringungsanteile der einzelnen Unterbringungsarten sind in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich

Regional sehr unterschiedlich ist auch das Gesamtrisiko, von Unterbringungsmaßnahmen betroffen zu sein. Hier steht Bayern, gefolgt von NRW an der Spitze, während vor allem in den neuen Bundesländern nur minimale Unterbringungszahlen vorliegen.

Die nachstehenden Übersichten vergleichen die Häufigkeit der verschiedenen, oben genannten Unterbringungsverfahren, jeweils bezogen auf 1000 Einwohner. Bezugsgröße ist das Jahr 2005 (Quelle: Statistisches Bundesamt, Justizstatistik 2005, Gestaltung: Deinert).

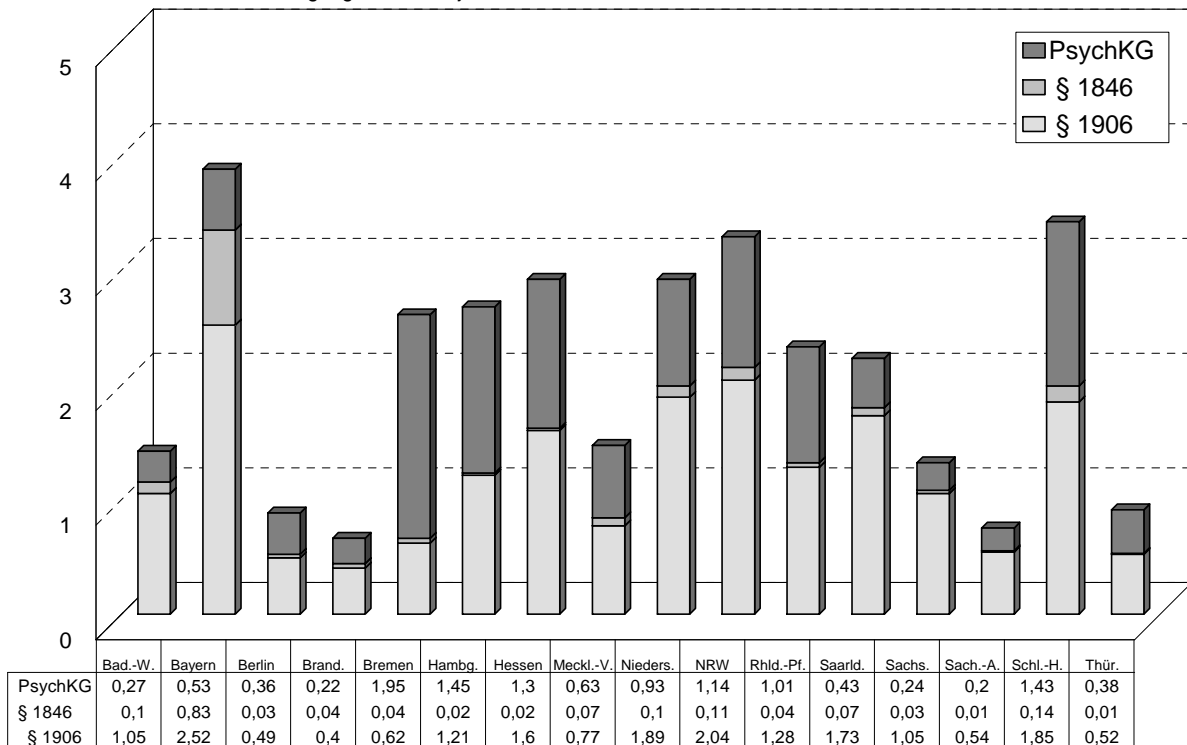
Nicht erfaßt ist die Dauer der jeweiligen Unterbringungsmaßnahme, d.h. dass in der Statistik auch die gleichen Personen mehrfach erscheinen können, wenn sie innerhalb eines Jahres mehrfach für kürzere Zeiträume untergebracht wurden; auch können die gleichen Personen unter verschiedenen Unterbringungsarten erscheinen, z.B. wenn zunächst eine Unterbringung aufgrund des Psychisch-Kranken-Gesetzes angeordnet und diese nach der Betreuerbestellung in eine solche nach § 1906 BGB umgewandelt wurde.

Gesamtzahlen Unterbringungsverfahren 2005



(Quelle: Bundesministerium der Justiz, GÜ 2, Gestaltung: Deinert; Hinweis: in Hamburg wurden die Zahlen nach § 1906 Abs.1 und 4 nicht separat erfasst, die Gesamtzahl ist in der obigen Statistik unter § 1906 Abs. 1 genannt).

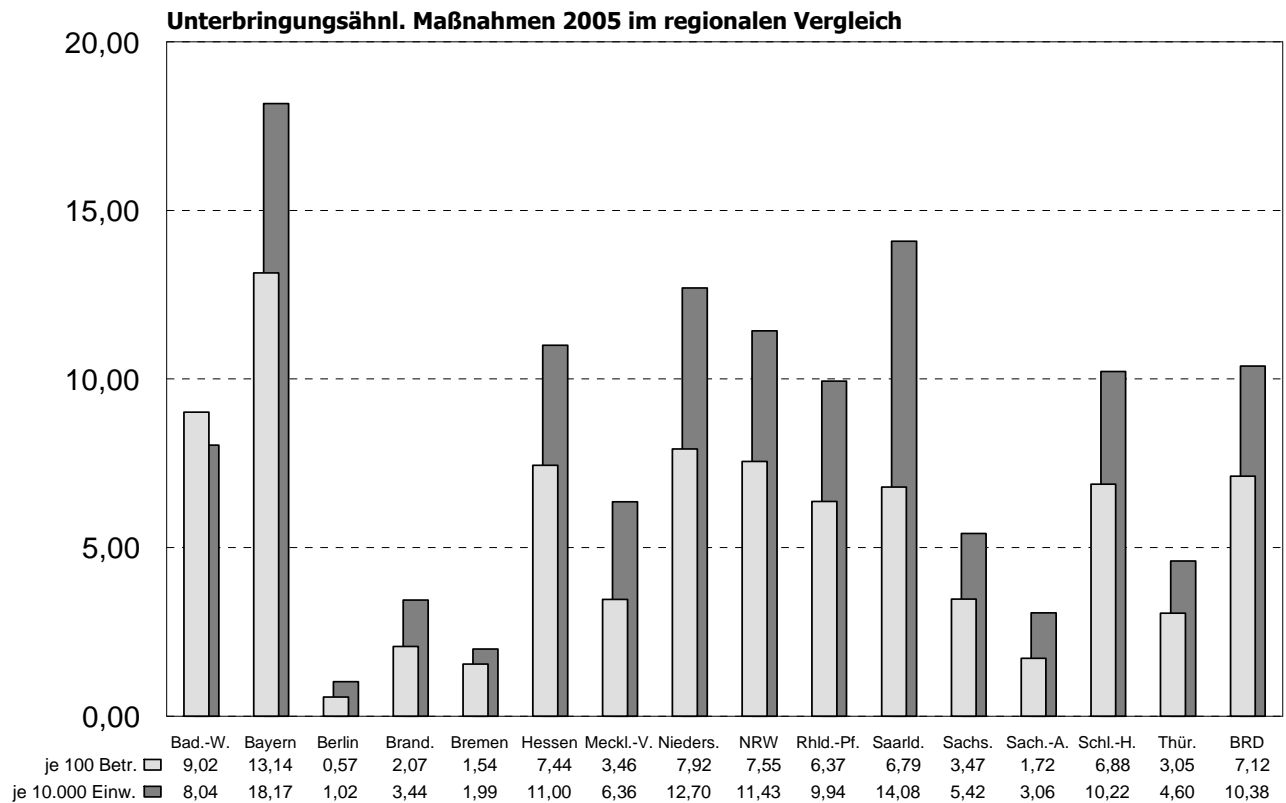
Anzahl Unterbringungsverfahren je 1000 Einwohner 2005



Unterbringungsähnliche Maßnahmen (§ 1906 Abs. 4 BGB) im regionalen Vergleich 2005

Land	Einwohnerzahl 31.12.2005	Betreuungen 31.12.2005	Verfahren nach § 1906 IV BGB gesamt	Genehmigte Maßnahmen nach § 1906 IV	Genehmigungen je 100 Betreute	Genehmigungen je 10.000 Einw.
Baden - Württemberg	10.735.701	95.737	9.497	8634	9,02	8,04
Bayern	12.468.726	172.323	24.705	22650	13,14	18,17
Berlin	3.395.189	61.028	398	348	0,57	1,02
Brandenburg	2.559.483	42.479	1117	880	2,07	3,44
Bremen	663.467	8.597	133	132	1,54	1,99
Hessen	6.092.354	88.016	7.010	6703	7,44	11,00
Mecklenburg - Vorp.	1.707.266	31.347	1135	1085	3,46	6,36
Niedersachsen	7.993.946	128.174	11.093	10153	7,92	12,70
Nordrhein - Westfalen	18.058.105	273.232	21.602	20640	7,55	11,43
Rheinland - Pfalz	4.058.843	63.349	4.382	4034	6,37	9,94
Saarland	1.050.293	21.768	1495	1479	6,79	14,08
Sachsen	4.273.754	66.857	2.920	2317	3,47	5,42
Sachsen - Anhalt	2.469.716	43.823	910	755	1,72	3,06
Schleswig - Holstein	2.832.950	42.105	3.021	2896	6,88	10,22
Thüringen	2.334.575	35.217	1.239	1075	3,05	4,60
Bundesgebiet*	80.694.368	1.176.092	90.657	83.781	7,12	10,38

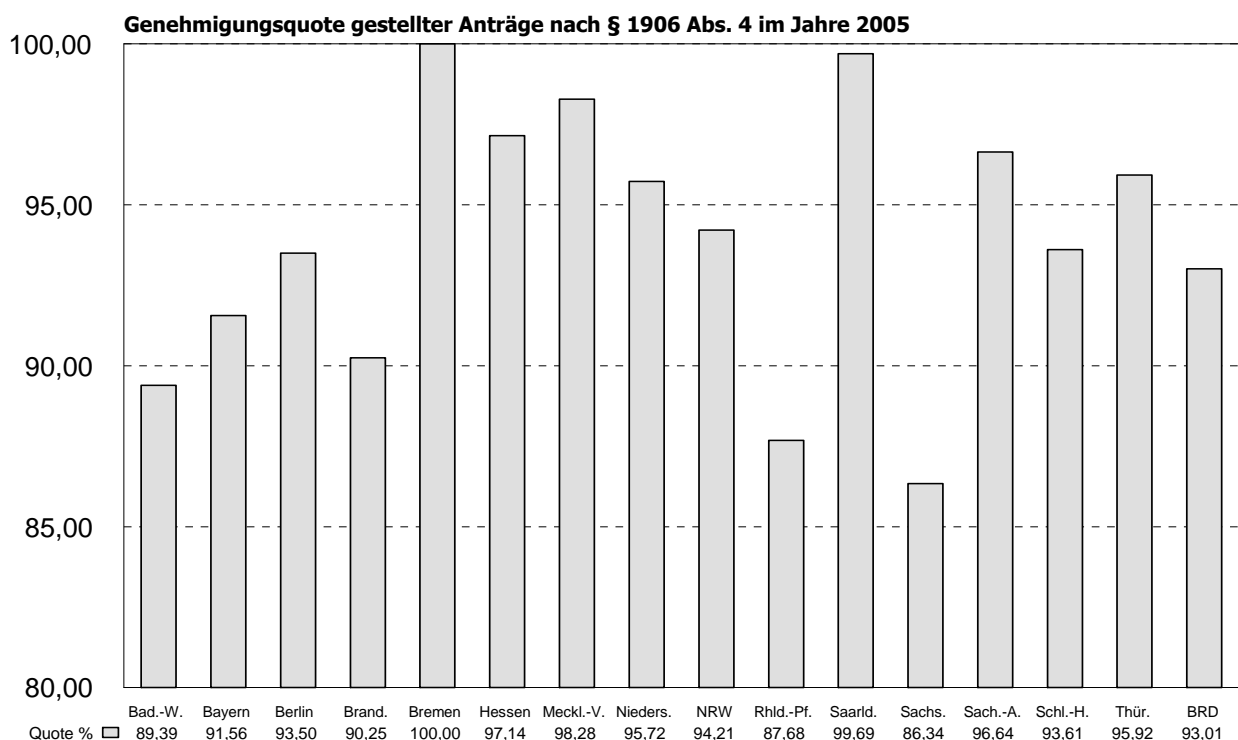
*Ohne Hamburg; Quelle: Bundesjustizministerium, Sondererhebung Verfahren nach dem BtG 2005; Stat. Bundesamt



Genehmigungswahrscheinlichkeit unterbringungsähnlicher Maßnahmen (§ 1906 Abs. 4 BGB) – 2005

Land	Verfahren nach § 1906 IV BGB gesamt	Genehmigte Maßnahmen nach § 1906 IV	Genehmigungswahrscheinlichkeit gestellter Anträge in %
Baden - Württemberg	9.497	8634	90,91%
Bayern	24.705	22650	91,68%
Berlin	398	348	87,44%
Brandenburg	1117	880	78,78%
Bremen	133	132	99,25%
Hessen	7.010	6703	95,62%
Mecklenburg - Vorp.	1135	1085	95,59%
Niedersachsen	11.093	10153	91,53%
Nordrhein - Westfalen	21.602	20640	95,55%
Rheinland - Pfalz	4.382	4034	92,06%
Saarland	1495	1479	98,93%
Sachsen	2.920	2317	79,35%
Sachsen - Anhalt	910	755	82,97%
Schleswig - Holstein	3.021	2896	95,86%
Thüringen	1.239	1075	86,76%
Bundesgebiet*	90.657	83.781	92,42%

*Ohne Hamburg; Quelle: Bundesjustizministerium, Sondererhebung Verfahren nach dem BtG 2005



n) Betreuungsvereine und Landesförderung

Gesamtzahlen Betreuungsvereine im Bundesgebiet 2004

Bundesland	Einwohnerzahl 31.12.2004	Betreuungen 31.12.2004	Betreuungs- vereine 31.12.2004	Einwohner je BtV 2004	Betreute je BtV 2004	Geförderte BtV 2004	Landeszuschüs- se an BtV insgesamt 2004 (IST)	Zuschüsse je Verein im Durchschnitt	Landes- zuschüsse je 1000 Einw. 2004	Zuschüsse je betreuter Person 2004
Baden - Württemberg	10 717 419	89.671	82	130.700	1.094	69	1.133.738 €	16.430,99 €	105,78 €	12,64 €
Bayern	12 443 893	165.422	132	94.272	1.253	0	0 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Berlin	3 387 828	58.621	12	282.319	4.885	12	777.037 €	64.753,08 €	229,36 €	13,26 €
Brandenburg	2 567 704	41.409	38	67.571	1.090	0	0 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bremen	663 213	8.185	5	132.643	1.637	5	155.000 €	31.000,00 €	233,71 €	18,94 €
Hamburg	1 734 830	22.281	6	289.138	3.714	8	919.000 €	114.875,00 €	529,73 €	41,25 €
Hessen	6 097 765	85.119	57	106.978	1.493	53	650.774 €	12.278,75 €	106,72 €	7,65 €
Mecklenburg - Vorp.	1 719 653	29.466	21	81.888	1.403	17	191.733 €	11.278,40 €	111,50 €	6,51 €
Niedersachsen	8 000 909	128.926	60	133.348	2.149	48	933.534 €	19.448,63 €	116,68 €	7,24 €
Nordrhein - Westfalen	18 075 352	264.911	218	82.914	1.215	146	780.190 €	5.343,77 €	43,16 €	2,95 €
Rheinland - Pfalz	4 061 105	60.798	114	35.624	533	102	2.342.940 €	22.970,00 €	576,92 €	38,54 €
Saarland	1 056 417	20.602	13	81.263	1.585	11	241.000 €	21.909,09 €	228,13 €	11,70 €
Sachsen	4 296 284	65.325	33	130.190	1.980	29	407.158 €	14.039,93 €	94,77 €	6,23 €
Sachsen - Anhalt	2 494 437	40.910	23	108.454	1.779	21	68.522 €	3.262,95 €	27,47 €	1,67 €
Schleswig - Holstein	2 828 760	42.560	20	141.438	2.128	20	601.500 €	30.075,00 €	212,64 €	14,13 €
Thüringen	2 355 280	33.613	19	123.962	1.769	16	219.369 €	13.710,56 €	93,14 €	6,53 €
Bundesgebiet	82.500.849	1.157.819	853	96.718	1.357	557	9.421.495 €	16.914,71 €	114,20 €	8,14 €

In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie im Saarland ist die Kommunalförderung in den genannten Summen enthalten.

Zahlen: Sozialministerien der Länder und überörtliche Betreuungsbehörden. Zusammenstellung: H. Deinert

Gesamtzahlen Betreuungsvereine im Bundesgebiet 2005

Bundesland	Einwohnerzahl 31.12.2005	Betreuungen 31.12.2005	Betreuungs- vereine 31.12.2005	Einwohner je BtV 2005	Betreute je BtV 2005	Geförderte BtV 2005	Landeszuschüs- se an BtV insgesamt 2005 (IST)	Zuschüsse je Verein im Durchschnitt	Landes- zuschüsse je 1000 Einw. 2005	Zuschüsse je betreuter Person 2005
Baden - Württemberg	10.735.701	95.737	75	143.143	1276	69	1.096.862,00 €	15.896,55 €	102,17 €	11,46 €
Bayern	12.468.726	172.323	132	94.460	1305	103	150.000,00 €	1.456,31 €	12,03 €	0,87 €
Berlin	3.395.189	61.028	13	261.168	4694	12	777.000,00 €	64.750,00 €	228,85 €	12,73 €
Brandenburg	2.559.483	42.479	38	67.355	1118	0	0,00 €		0,00 €	0,00 €
Bremen	663.467	8.597	5	132.693	1719	4	155.000,00 €	38.750,00 €	233,62 €	18,03 €
Hamburg	1.743.627	24.321	8	217.953	3040	8	919.000,00 €	114.875,00 €	527,06 €	37,79 €
Hessen	6.092.354	88.016	57	106.883	1544	52	650.774,00 €	12.514,88 €	106,82 €	7,39 €
Mecklenburg - Vorp.	1.707.266	31.347	21	81.298	1493	18	203.996,00 €	11.333,11 €	119,49 €	6,51 €
Niedersachsen	7.993.946	128.174	58	137.827	2210	50	869.941,00 €	17.398,82 €	108,82 €	6,79 €
Nordrhein - Westfalen	18.058.105	273.232	209	86.402	1307	141	584.800,00 €	4.147,52 €	32,38 €	2,14 €
Rheinland - Pfalz	4.058.843	63.349	112	36.240	566	102	2.366.430,00 €	23.200,29 €	583,03 €	37,36 €
Saarland	1.050.293	21.768	12	87.524	1814	11	245.908,00 €	22.355,27 €	234,13 €	11,30 €
Sachsen	4.273.754	66.857	33	129.508	2026	29	399.989,00 €	13.792,72 €	93,59 €	5,98 €
Sachsen - Anhalt	2.469.716	43.823	24	102.905	1826	15	41.092,00 €	2.739,47 €	16,64 €	0,94 €
Schleswig - Holstein	2.832.950	42.105	20	141.648	2105	20	601.999,00 €	30.099,95 €	212,50 €	14,30 €
Thüringen	2.334.575	35.217	17	137.328	2072	15	117.318,00 €	7.821,20 €	50,25 €	3,33 €
Bundesgebiet	82.437.995	1.198.373	834	98.847	1437	649	9.180.109,00 €	14.145,01 €	111,36 €	7,66 €

In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg ist die Kommunalförderung in den genannten Summen enthalten.

In Rheinland-Pfalz und im Saarland fördern die Kommunen ergänzend in gleicher Höhe wie das Bundesland,

in den anderen Bundesländern erfolgen unterschiedliche kommunale Förderungen, z.T. wird nicht ergänzend kommunal gefördert.

Zahlen: Sozialministerien der Länder und überörtliche Betreuungsbehörden. Zusammenstellung: H.

Deinert